

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kakesindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Stk Dresden), Lillengasse Nr. 12.

Inertionspreis pro dreigepaltene Pettzelle 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

## Hundstott, wehre dich!

Dieses alte Landknechtswort rief am 7. November in einer Ausschußversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller in Berlin der Generalsekretär v. Reischwitz seinen Zuhörern zu; sie sollten ermahnt werden, ihre eigene Wehrhaftigkeit gegenüber der organisierten Arbeiterschaft noch weiter zu stärken.

Die Landknechte waren rübe und gewissenlose Kriegsgesellen, die ihr Leben für den in die Schanze schlugen, der am meisten zahlte. Anderer Leute Besitztum plündern und auf leichte Art Geld zusammenraffen war ihnen ebenso Hauptsache wie den neuzeitlichen Industriellern, so daß ein Vergleich zwischen ihnen und der Arbeiterschaft nicht gefunden werden kann. Aber das kräftige Wort, das die Scharfmacher soeben in Berlin wieder zu ihrer Parole machten, ist ein gutes. Dieses Wortes sollten sich auch die organisierten Arbeiter ständig erinnern und vor allem jetzt im Reichstagswahlkampfe.

Die Wahlen zum neuen Reichstage sind zum 12. Januar angelegt, wenn auch noch immer nicht offiziell ausgeschrieben. Jetzt gilt es also, die Massen der Bevölkerung auf die Beine zu bringen, damit am diesem Tage ein wirkliches Volksurteil über die Laten des nunmehr glücklichweise in den letzten Bügen liegenden Parlaments dadurch gefällt wird, daß man mittels des Stimmzettels die Mehrheit des schwarzblauen Blocks gründlich beseitigt. Das ist die Hauptaufgabe; und wenn die bitteren Erfahrungen der letzten fünf Jahre nicht in doppelter Auflage wieder beschert werden sollen, so hat hier jeder seine volle Kraft einzusetzen und mitzuhelfen. Unser Zentralverband ist natürlich nicht in der Lage und nicht dazu berufen, selber mit in den Kampf einzugreifen. Tut auch gar nicht nötig, da die politischen Organisationen der Arbeiterschaft selber auf kräftigen Füßen stehen und weil es außerdem Pflicht jedes Gewerkschaftlers ist, der politischen Organisation anzugehören. Aber unsere Kollegen würden dennoch auch ihre Interessen als Verbandsmitglieder mit Füßen treten, wenn sie ihre Pflichten als Staatsbürger nicht erfüllen wollten. Die ganze gewerkschaftliche Tätigkeit erstreckt ja weiter nichts, als eine Verbesserung der Lebenslage der Berufsangehörigen; das einzelne Mitglied muß schwere Opfer in jeder Beziehung bringen, ehe wieder ein Schritt nach vorwärts getan werden kann, und da sollte es einem Gewerkschaftler gleichgültig sein, wenn man seine Bewegungsfreiheit immer mehr und mehr einschränken will? Wenn man darauf ausgeht, den § 158 der Gewerbeordnung, der an sich weiter nichts als eine Halsklinge für die Gewerkschaften ist, noch weiter zu verschärfen? Ist man nicht drauf und dran, in der Novelle zum Strafgesetzbuch die Presse vollends durch geradezu wahnwitzige Strafbestimmungen zu knebeln, und möchte man nicht die einfache Streikankündigung unter den Erpressungsparagrafen stellen?

Das sind alles Fragen, deren Lösung von der Zusammenfassung der parlamentarischen Körperschaften abhängt, die aber jeden Kollegen direkt als Verbandsmitglied auf das lebhafteste berühren, weil hier seine nächstliegenden Interessen auf dem Spiele stehen. Und ebenso ist dies der Fall, wenn wir an die ganze sogenannte Sozialgesetzgebung denken. Wie der Blockreichstag die Selbstverwaltung in den Krankenkassen verhandelt hat und welche Unmenge neuer Lasten er der Arbeiterschaft auferlegte, ohne ihr dafür entsprechende Äquivalente zu bieten, ist bekannt und wird nie vergessen werden.

Doch auch jede andere allgemeine Maßnahme der Gesetzgebung kann und muß unter dem Gesichtswinkel betrachtet werden: „Welche Folgen hat sie für mich als Gewerkschaftsmitglied?“ Die Reichsfinanzreform, dieser unglaublich freche Raubzug auf die Taschen des Volkes, hat sie nicht die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in jeder Beziehung berartig ver-

teuert, daß nunmehr erst wieder in langen Kämpfen ein Ausgleich durch Lohnerhöhungen geschaffen werden muß? Entwendet man durch das ganze Wuchersystem, das von den herrschenden Parteien durch die Zollgesetzgebung, die Unsperrung der Grenzen, durch Einfuhrsteine usw. in raffiniertester Weise auf- und ausgebaut wurde, dem Gewerkschaftler nicht immer wieder die Früchte seiner Bestrebungen? Und da soll er nicht verpflichtet sein, bei den Wahlen voll und ganz seinen Mann zu stellen?

Ein Hundstott, wenn er sich nicht wehren würde! Wir haben alle dahin zu wirken, daß mit der jetzigen Mehrheit im Reichstage ganz gründlich ausgeräumt wird, denn wir brauchen Männer, die dafür eintreten, daß die Arbeiterbewegung freie Bahn bekommt und alle Fesseln des Koalitionsrechts fallen. Das ist unser erstes Verlangen! Wird es erfüllt, so schafft sich die Arbeiterklasse sicher binnen kurzem Zustände, die einen großen Teil der staatlichen Fürsorge, über die man sich jetzt den Kopf zerbricht, überflüssig machen würden. Wo sie notwendig bleibt in bezug auf direkten Arbeiterschutz, soll sie frei sein von allem unwürdigen Bürokratismus und von der Bevormundung durch die Unternehmer. Die Arbeiterschaft hat ja bewiesen, daß sie auch den größten Verwaltungsaufgaben gewachsen ist. Wir brauchen ferner im Reichstage eine Mehrheit, bei der es ausgeschlossen ist, daß eine Liebesgabenpolitik im Interesse der Schnapsjunker dem Volke weitere Millionen aus der Tasche zieht oder daß die Ausgaben für Heer und Marine fortgesetzt ins Uferlose gesteigert werden. Wir verlangen, um nur noch einiges herauszugreifen, daß das in Aussicht gestellte Arbeitskammergesetz nach den Bedürfnissen der Arbeiter und nicht nach denen der Unternehmer gestaltet wird, wir verlangen ein Schutzgesetz für die Heimarbeiter, das diesen Glendestern der Glenden die Möglichkeit gibt, wieder als Menschen zu leben und wir verlangen auch für uns selber, für uns als Berufsgenossen, etwas! Wir rufen dem neuen Reichstag entgegen: **Heraus mit dem sechsunddreißigstündigen Ruhetag in jeder Woche für die Bäcker und Konditoren!** Mit welcher schändlichen Gleichgültigkeit die jetzige Volksvertretung unsere Ruhetagspetition behandelt hat, wissen wir alle nur zu gut — schon diese eine Tatsache mißte die Kollegenschaft bis auf den letzten Mann auf den Plan bringen und sie anspornen, mitzuhelfen, daß die Machtverhältnisse im Parlament andere werden.

Daß die Regierung nicht im Ernste daran denkt, den Einfluß der Junker und Schlotbarone in der Gesetzgebung zurückzubringen, geht ja aus der Wahlparole hervor, die Bethmann-Hollweg gelegentlich der Teuerungsdiskussion im Reichstage verkündete: „Schutz der nationalen Arbeit!“ soll sie lauten. Eine Phrase, die auf die Urteilslosigkeit der großen Masse berechnet ist, die aber weiter nichts in sich faßt, als die Proklamierung fortgesetzter Ausbeutung der deutschen Arbeiterschaft; denn der Schutz der nationalen Arbeit, wie ihn der Reichskanzler versteht, hat mit sich gebracht und wird weiter mit sich bringen die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel, während sie die Einfuhr ausländischer Rohdrucker nicht gehindert hat.

Für diese Wahlparole wird aber die Mehrheit des deutschen Volkes ganz gewiß danken. Und nicht nur das, sondern hoffentlich auch in solchen Massen am 12. Januar an die Urne eilen und Sozialdemokraten wählen, daß die Macht der rechtsstehenden Parteien und des Zentrums endlich gebrochen wird. Das ist nicht unmöglich, wenn alle Arbeiter auf dem Posten sind. Deshalb soll nicht nur jedes unserer wahlberechtigten Mitglieder seine Pflicht erfüllen und an die Wahlurne treten, sondern alle, ohne Ausnahme, sollen helfen, die Gleichgültigen und Phlegmatischen, die dem Ringen ihrer Klassengenossen um die Rechte des Volkes tatenlos zuschauen, oder gar im Gefolge derjenigen hintrotten, die aus ihrer Haut Riemen schneiden, aufzumuntern. Folge man dem

Beispiele der industriellen Scharfmacher in Berlin. Man hat dort wiederum zu immer härterem, geschlossenem Kampfe gegen das Emporstreben der Arbeiterklasse aufgerufen — wohlan, lernen wir von ihnen! Noch viel mehr müssen wir Tag für Tag unsere Rüstungen vollenden und wenn, wie bei der bevorstehenden Reichstagswahl, wir bereits ein leidlich gutes Schwert in Händen haben, so wollen wir es gebrauchen mit aller Macht! Präge man es jedem ein: Ein erbärmlicher Wicht, ein rechter Hundstott ist und bleibt, wer mit einer Waffe in der Hand — dem Stimmzettel! — sich nicht zur Wehr setzt, wenn es ihm an den Krügen gehen soll.

## Die Dresdner Schokoladefabrikanten und ihr Syndikus.

Daß die Scharfmacher im Lager der Dresdner Schokoladen- und Zuckerwarenfabrikanten über die Lohnbewegung unserer Kollegenschaft und deren Ausgang mühtend sind, ist ja zu verstehen; sie haben einen derartig umfassenden, tiefen Wunden schlagenden Angriff nicht vermutet. Noch viel weniger glaubten sie, daß mehrere größere Betriebe in Anbetracht der guten Organisationsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen es gar nicht auf einen Kampf antommen lassen und sofort eine feste Einigung eingehen, oder daß nach Ausbruch des offenen Kampfes bereits in den ersten Tagen ein weiterer Teil der Betriebe den Forderungen der Arbeiterschaft entgegenkommen würde. Aber zu allerlezt haben sie bei Beginn der Bewegung es für möglich gehalten, daß diese mit einer offiziellen Einigung unter Mitwirkung der verhassten Verbandsvertreter auch für die hartnäckigsten und widerstandsfähigsten Unternehmer abschließen werde. Und doch ist es so gekommen, der Lager also sehr erklärlich.

Eine gewisse Rücksicht auf das eigene Ansehen sollte die Herren aber nun abhalten, ihrem Syndikus zu erlauben, daß er jetzt die gar zu dumme Behauptung aufstellt, „der Streik sei für die Arbeitnehmer in jeder Beziehung verloren“. Eine solche einfältige Däpierung der Unternehmer außerhalb Dresden's wird jetzt nämlich in einem Artikel des Fachblattes für Kakao-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie und Handel, „Kakao und Zucker“, durch den Verbandsyndikus Herr Greiert versucht, und die Unternehmer haben hier und da — einer weiteren Anregung des dienstfertigen Herrn folgend — nichts Gütigeres zu tun gehabt, als einen Sonderabdruck seiner Weisheiten unter ihrer Arbeiterschaft gleich in der ersten Woche des November verbreiten zu lassen. Der Zweck des Manövers liegt natürlich klar auf der Hand; man wollte durch eine solche Verbreitung unsere Kollegenschaft mit dem in „jeder Beziehung verlorenen Dresdner Streik“ abschrecken, gleichfalls den Gedanken an Forderungen aufkommen zu lassen. Warum hat der Verbandsyndikus, braucht man bloß zu fragen, eigentlich so einen großen Widerwillen gegen eine neue Niederlage der Arbeiter?

Herr Greiert unterschätzt das Fassungsvermögen unserer Berufsarbeiterschaft doch etwas zu stark, wenn er meint, sie hüpfte heute noch auf den dick gestrichenen Leim seiner Fachzeitung. Unsere Kollegen haben die Bewegung überall sehr genau verfolgt und wissen obendrein zur Genüge, daß wir immer rein objektiv berichten. Haben wir nicht in aller Breite dargelegt, was die Dresdner Bewegung brachte und worin sie versagt hat?

Wenn also der Herr Syndikus meint, „unsere Organisation verfolge nun die Tatsache, daß der Streik verloren sei, durch allerlei unwahre Behauptungen zu bemänteln und diese Versuche, die eigene Schwäche zu verhüllen, seien ja vom Standpunkt der Gewerkschaft aus verständlich, gewinnen dadurch aber nicht an Wahrheit“, so ist dies eine bewußte und ganz breite Entstellung der Tatsachen! Möge Herr Greiert uns erst einmal den Beweis bringen, welche unwahre Behauptungen wir in bezug auf die Bewilligung auch nur eines einzigen Betriebes gebracht haben! Wohl aber verschweigt Herr Greiert in seinem Artikel, daß eine Reihe von Betrieben uns zum Teil ganz wesentlich bessere Zugeständnisse machten, als sie dann in den Vereinbarungen mit den letzten fünf Firmen zu erreichen waren, die für ihn ganz allein zu existieren scheinen, und er behauptet obendrein wider besseres Wissen, daß in den letzten Vereinbarungen lediglich das festgelegt worden sei, was vor Ausbruch des Streiks die Fabrikanten schon freiwillig zugestanden hatten. Als Gegenbeweis wollen wir nur daran erinnern, daß die

niedrigsten Minimallohne sich laut Protokoll in jedem Falle nach einer gewissen Einrichtungszeit ohne weiteres um einen Pfennig erhöhen müssen. Das ist sicher nicht viel; aber dieses geringe Zugeständnis wurde, wie wir erfahren, von Herrn Greiert erst nach stundenlangem Verhandeln gemacht — und trotzdem hat er es in seiner Darstellung an die auswärtigen Unternehmer völlig „vergessen“!

Es ginge uns ja zunächst nichts an, wenn die Fabrikanten nicht richtig über die tatsächlichen Vorkommnisse informiert werden; sie haben letzten Endes auch den größten Schaden zu tragen, wenn sie über die Verhältnisse unserer Organisation nicht im klaren sind, was ja gerade in Dresden so durchschlagend in Erscheinung trat. Aber es erschwert doch eben eine Verständigung von Partei zu Partei, und deshalb kann man die Greiert'schen tendenziösen Darstellungen nur als im höchsten Grade berufserschädigend bezeichnen.

Wenn wir aber nun einmal damit zu rechnen haben, daß unsere Fabrikanten sich vorläufig noch gar zu gern von ihren bezahlten Sachwaltern berichten lassen, die Organisation der Arbeiter sei nicht ernst zu nehmen, so muß unsere Kollegenchaft sich desto mehr rüsten, damit sie hinter jeder Lohnforderung auch wirklich gleich die ganze Macht ihrer Solidarität geltend machen kann. Greiert's Ausführungen sind weiter nichts, als die erneute Aufforderung an die Mitglieder des Unternehmerverbandes, im guten den Arbeitern nichts zuzukommen zu lassen und sich auf Vereinbarungen mit der Organisation nirgends einzulassen.

**Man wird sich dies allerorten merken und nun erst recht alle Kräfte anspornen, um den Verband bis in die kleinste Einzelheit schlagfertig zu gestalten! Mühet unangeseht, damit jede Bewegung uns noch größere Erfolge bringt!**

## Staatliche Arbeitslosenversicherung.

### II.

In der Denkschrift der Reichsregierung sind die bisher gemachten Versuche als nicht auf deutsche Verhältnisse übertragbar oder als unbrauchbar bezeichnet. Hiergegen kann man mit Recht einwenden, daß sogar das Mißlingen eines Versuches noch lange nicht beweist, daß die Versicherung an sich nicht zweckmäßig und durchführbar ist. Die obligatorische St.-Gallener Versicherung hat Niasko gemacht. Und doch sind fast alle Kritiker darüber einig, daß das Mißlingen nicht der obligatorischen Arbeitslosenversicherung in die Schuhe zu schieben ist, sondern einigen Fehlern in dem Statut und der schlechten Organisation und Handhabung. Im Jahre 1894 kam ein Rationengesetz zustande, das den Gemeinden das Recht zur Einführung von obligatorischen Versicherungen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit gab. Im Jahre 1895 beschloß St.-Gallen von dem Gesetze Gebrauch zu machen, und noch in demselben Jahre wurde die Versicherung eingeführt. Auch hierin liegt ein großer Teil Schuld. In so kurzer Zeit kann kaum etwas Vernünftiges zustande kommen. Georg Adler, ein hervorragender Kenner dieser Materie, schreibt hierüber: Sie war nicht bloß eine Früh- sondern auch eine Mißgeburt. Bei der eifertigen Fabrikation und Durchpfeifung des Gesetzes hatte man sich mit „zeitraubenden“ Erwägungen, Studien und Berechnungen nicht weiter abgegeben, daher war es in den Grundlagen fehlerhaft und in den Detailbestimmungen lückenhaft, wie schon einige Wände darauf zeigen. Einmal war schlechtmäßig angenommen worden, daß die Zahl der Arbeitslosen jährlich 10 pSt. der Versicherten betragen würde. Als einzige Grundlage findet man in den Motiven des Regierungsrats angegeben, daß sich Ende Dezember 1893 in der Stadt St.-Gallen 379 arbeitslose Männer angemeldet hätten. „Anstatt die Versicherungsbeiträge bei dem Arbeitgeber einzuziehen, bestimmte man: Jeder Versicherte erhält ein Wüchlein, in dem die Leistung der Beiträge durch Marken, die der Versicherte einleibt und die von der Zahlstelle monatlich abgestempelt werden, auszuweisen ist.“ Nach dem zweiten Jahresbericht gehörte ein freiwilliges Anmelden zur Arbeit zu den Seltenheiten, und die Leute mußten förmlich dazu aufgeboten werden. Der Fall der Aussperrung durch die Unternehmer, das Verhalten bei verkürzter Arbeitszeit, bei Nebenverdiensten der Arbeitslosen, alle diese eventuell strittigen Fragen waren in dem Statut überhaupt nicht behandelt.

Nach diesen Ausführungen bedarf es keines weiteren Beweises, daß der mißlungene Versuch St.-Gallens nichts gegen die Zwangsversicherung beweist. Er beweist nur, daß St.-Gallen seinen Verus als Gesetzgeber verfehlt hat. Versuche mit der obligatorischen Arbeitslosenversicherung wollten noch die Städte Zürich und Basel machen. In Zürich wurde der Entwurf von dem Magistrat, von dem Sekretär des Gewerbesekretariats und von dem schweizerischen Arbeitersekretär gebilligt; aber im großen Stadtrat mit 54 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Mit großer Kritik war der Entwurf der Stadt Basel abgefaßt; aber es erreichte ihn dasselbe Schicksal wie den von Zürich. Der große Rat der Stadt nahm den Entwurf in etwas abgeänderter Fassung mit 46 gegen 12 Stimmen an, der Gesetzentwurf kam aber in einer Volksabstimmung zu Fall.

An den gut durchgearbeiteten Entwurf von Basel versucht auf deutscher Seite die Stadt Düsseldorf anzuknüpfen. In den Denkschriften des Statistischen Amtes (Heft 1: 09) kommt Dr. Most nach der Besprechung der Fakultationen (Genter oder Straßburger, Berner oder Kölner System) und der Zwangsversicherungen zu dem Ergebnis, daß das Versicherungstechnisch gut durchgearbeitete Projekt Basels von den besten Kennern vertreten worden sei. Zu seiner Durchführung sei natürlich ein Reichsgesetz notwendig, das den Gemeinden die Errichtung solcher obligatorischer Klassen unter Beaufsichtigung der Landesbehörden gestatte. Den Erlaß eines solchen Gesetzes durch geeignete Maßnahmen herbeizuführen, sei nach Lage der Dinge keineswegs aussichtslos und wäre, da irgendwelche Versicherungstechnische Fragen nicht zu erledigen seien, auch in Bälde möglich. Dr. Most ist der Meinung, daß es besser sei, eine wirklich gute Grundlage zur Arbeitslosenversicherung, wenn auch etwas später, zu erhalten, als durch Versuche fakultativer Einrichtungen, die den Fluch halber Maßnahmen an sich tragen müßten, den an sich guten Gedanken der Arbeitslosenversicherung zu diskreditieren. Im Anschluß an diese Ausführungen schlägt er der Stadtverordnetenversammlung

vor, folgenden Beschluß zu fassen: „Stadtverordnetenversammlung nimmt von dem Bericht des Statistischen Amtes, betreffend die Arbeitslosenversicherung, zustimmend Kenntnis und ersucht die Verwaltung, durch Bericht an die vorgesetzte Behörde und auf ihr sonst geeignet erscheinende Weise den Erlaß eines Reichsgesetzes zu betreiben, welches den Gemeinden das Recht zur Errichtung kommunaler Arbeitslosenversicherungskassen mit Beitrittszwang für die in Frage kommenden, im Gesetze noch näher zu bestimmenden Personengruppen verleiht.“ Im Juli 1909 nahm die Stadtverordnetenversammlung diesen Beschluß an.

Der Most'sche Vorschlag hätte das Gute an sich, daß bestimmte Personengruppen samt und sonders von der Versicherung erfasst würden. Daß also gerade die Personen, die der Versicherung am bedürftigsten sind, unter allen Umständen vor den Folgen des schlimmsten wirtschaftlichen Uebels geschützt würden. Die Mängel dieses Vorschlags aber liegen darin, daß es das zu erlassende Reichsgesetz den Städten überläßt, eine solche Versicherung einzuführen oder nicht. Den Städten würde damit nur das Recht gegeben, eine Versicherung einzuführen, nicht aber, wie es nötig wäre, die Einführung zur Pflicht gemacht. Aber auch wenn durch ein Reichsgesetz eine Pflicht für die Städte bestimmt würde, so hätte dieser Vorschlag noch seine Schattenseiten. Die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen müssen darauf halten, daß ihnen das Selbstverwaltungsrecht überlassen bleibt. Nur dadurch wird der bürokratischen und schematischen Handhabung vorgebeugt. Will man die Unorganisierten mit in eine vom Staate vorgeschriebene Zwangsversicherung einbeziehen, so würde sich eine Kombination des Straßburger und Kölner Systems empfehlen. Für die Organisierten Straßburger System, die Unorganisierten nach Kölner System angeschlossen.

Zu einem ähnlichen Ergebnis sind auch Bayern und Baden gelangt. Diese beiden Bundesstaaten sind die einzigen, die sich bisher mit dem Problem der Arbeitslosenfürsorge beschäftigt haben. Im bayerischen Landtag brachte

**In Zeiten hoher politischer Erregung wie den jetzigen finden auch in den noch indifferenten Arbeitermassen die Bestrebungen ihrer organisierten Klassengenossen leichter Verständnis als gewöhnlich. Werbt deshalb die nächsten Wochen mit doppeltem Eifer neue Streiter für Euren Zentralverband und für die Partei und die Genossenschaftsorganisationen!**

der Abg. Simon einen Antrag ein, durch den die Regierung ersucht wurde, dem Landtag baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem Vereine (Genossenschaften), die bei eintretender Arbeitslosigkeit ihren Mitgliedern statutenmäßig Unterstützung gewähren, ein Zuschuß aus Staatsmitteln zu gewähren ist. Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag dem sozialen Ausschuss überwiesen, der einstimmig beschloß, die königliche Staatsregierung zu ersuchen: Eine ganz Bayern umfassende, fortlaufende Arbeitslosenstatistik in Angriff zu nehmen, ihre auf den Ausbau und die Neutralisierung des Arbeitsnachweises gerichteten Bestrebungen fortzusetzen, bei den größeren bayerischen Stadtgemeinden die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung für ihre Gebiete anzuregen und den Ausbau des Systems in einer Aussprache von Vertretern aller der Kreise, die ein Interesse an der Arbeitslosenversicherung haben, zu erörtern. Das Ergebnis war: 10 von den 15 Mitgliedern (der Interessenten der Arbeitslosenversicherung) erklärten sich für das Genter System in Verbindung mit einer Unterstützung der Unorganisierten. Das Staatsministerium des Innern richtete daraufhin einen Erlaß, in dem das Ergebnis der Beratungen zusammengefaßt war, an die Stadtmagistrate München, Hof, Jülich, Nürnberg, Erlangen, Würzburg, Augsburg und an die Bürgermeisterämter Kaiserslautern und Ludwigshafen. Auf die Einzelheiten des Erlasses können wir in diesem Zusammenhang nicht eingehen. Nur soviel sei gesagt, daß in dem Musterstatut manches enthalten ist, was vom Standpunkt des Arbeiters oder der Privatangehörigen zu bekämpfen ist. So sollen Arbeitnehmer, die über 2000 Mk. verdienen, nicht aufgenommen werden. Aussperrungen sollen nicht als unfreiwillige Arbeitslosigkeit gelten. Die Leistungen der Anstalt sollen freiwillig sein. Ganz unverständlich ist es aber, daß die in den letzten drei Jahren in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben außerhalb der Gemeinde beschäftigt gewordenen Arbeiter von der Versicherung ausgeschlossen sein sollen.

Von der Denkschrift der badischen Regierung kann man ohne Uebertreibung sagen, daß sie von fortschrittlichem Geiste getragen ist. Zuerst behandelt der Referent Grundsätzliches: Daß als Arbeitslosigkeit zu betrachten ist, wenn ein arbeitswilliger und arbeitsfähiger Arbeitnehmer seine Beschäftigung verloren, eine andere angemessene Beschäftigung noch nicht gefunden hat und zurzeit nicht finden kann. Es wird dann weiter ausgeführt, daß man gegen die Arbeitslosigkeit vorjorge, daß man sie bekämpfen und Fürsorge für die Arbeitslosen treffen kann. Die Wichtigkeit eines geordneten Arbeitsnachweises betont der Referent ebenfalls. Allerdings sollen nach der Denkschrift bei Aussperrungen, ebenso wie bei Bayern, keine Unterstützungen gezahlt werden. Im übrigen kommt der Referent zu einer rückhaltlosen Anerkennung des Genter Systems. Als Ergänzung des Genter Systems wird eine freiwillige Versicherungskasse, etwa nach der Art der seit 1896 bestehenden stadtöcolnischen Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter vorgeschlagen. Sonst bietet die Denkschrift eine gute Waffe im Kampfe um das Genter System. Sein Wesenskern sei die Aufmunterung der Selbsthilfe durch Anlehnung an Arbeiterverbände und die Benützung dieser Verbände zur Mitkontrolle der Arbeitslosigkeit. Die Vorzüge dieses Systems lägen für die Stadtverwaltungen darin,

daß die eigenen Verwaltungskosten auf ein Geringes herabgemindert, die Einziehung der Beiträge, die Kassenführung und ein Teil der Kontrolle von den Verbänden übernommen werden. Die Erfahrung habe gelehrt, daß der Einwand: Dieses System führe den Verbänden neue Mitglieder zu und stärke ihre Kampfmittel, nicht zuträfe. Die Entwicklung der Berufsverbände ließe sich auf solchen Wegen weder fördern, noch hemmen. Die Regelung der Schulfrage könne im Gegensatz zu manchen fakultativen Kassen bei dem Genter System vorzüglich gelöst werden. Dem Einwand, daß das Genter System gerade die bessergestellten, mit einem geringen Berufsrisiko behafteten qualifizierten Arbeiter unterstütze, begegne die Denkschrift mit dem Hinweis: Öffentliche Hilfe für Selbsthilfe. In den sich anschließenden Zeitsätzen wird dann noch zum Ausdruck gebracht, daß, solange nicht von Reichswegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung stattfindet, nur durch größere kommunalverbände Vorjorge getroffen werden könne. Die gemeindlichen Einrichtungen sollen zunächst auf die in Industrie und Handwerk beschäftigten Arbeiter beschränkt und erst allmählich auf einen weiteren Personenkreis ausgedehnt werden. Von Bedeutung ist noch, daß die umliegenden Gemeinden eines Industriezentrums der Versicherung der Hauptgemeinde angeschlossen werden sollen.

Betrachtet man das Vorgehen der bayerischen und badischen Regierung kritisch, so ergibt sich folgendes: Obwohl sich die beiden Staatsregierungen mit dem Problem der Arbeitslosenfürsorge befaßt haben, so ist das praktische Ergebnis doch nur, daß sie ihren größeren kommunalverbänden eine — zum Teil sehr brauchbare — Reihe von Vorschlägen an die Hand gegeben haben. Der Einrichtung einer eigenen bundesstaatlichen Versicherung sind sie nicht näher getreten. Wenn auch anerkannt werden muß, daß ihr Vorgehen immerhin einer Förderung des Problems gleichkommt, so muß man doch bedauern, daß es auch diese beiden Bundesstaaten ihren Städten überlassen, für ihre Arbeitslosen nach eigenem Gutdünken zu sorgen. Gerade nach den Ausführungen der badischen Regierung hätte man annehmen sollen, daß der Staat selbst die Regelung in die Hand nimmt. Um so mehr als die Regierung von den Vorteilen des Genter Systems überzeugt ist.

Wir müssen eine bundesstaatliche Regelung dieser wichtigen Frage auf alle Fälle einer Regelung durch die Städte vorziehen. Besser wäre selbstverständlich eine Lösung durch das Reich. Die Arbeitnehmerorganisationen müssen, wie schon hervorgehoben, die Trägerinnen der zukünftigen staatlichen Arbeitslosenversicherung werden. Dazu eignen sie sich schon deshalb, weil sich ihr Interessengebiet keineswegs nur auf die größeren Städte erstreckt. Ihre Mitglieder in den kleineren Städten und auf dem Lande sind im Falle der Arbeitslosigkeit ebenso der Hilfe bedürftig wie die in den Großstädten. Soweit diese Verbände eigene Arbeitslosenunterstützungskassen errichtet haben, werden ihre Mitglieder auch ohne Rücksicht auf den Wohnort unterstützt. Also auf der Grundlage der Unterstützungskassen dieser Organisationen könnte eine umfassende staatliche Versicherung aufgebaut werden. Das System aber, nach dem die Versicherung eingerichtet wird, kann nur das Genter sein. Die beiden letzten Berichte der Stadt Straßburg (mit Genter System) zeigen, daß alle Bedenken durch die Praxis zunichte gemacht werden. Kurz: Staatliche Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage des Genter Systems, für Unorganisierte eventuell angeschlossene Hilfskassen.

J. B e c h t o l d, Berlin.

## Welches Interesse hat die Arbeiterschaft an der Organisation der Heimarbeiter?

Der sterbende Reichstag wird in aller Eile in letzter Stunde noch ein Gesetz zustande bringen, was über den Kreis der direkt Betroffenen hinaus für die Gesamtarbeiterschaft von Bedeutung ist: das Hausarbeitsgesetz.

Den Anstoß zur Einbringung des Entwurfs gaben der Heimarbeiterkongreß von 1904 mit anschließender Ausstellung von Heimarbeitserzeugnissen und die Heimarbeitersausstellung von 1906. Das Interesse, das gerade dieser Ausstellung von höchster Stelle aus entgegengebracht wurde — bekanntlich besuchte die deutsche Kaiserin die Ausstellung und gab dadurch Veranlassung, daß von da ab die Zahl der Besucher aus den Reihen der besitzenden Klasse sich auffallen stark mehrte — ließ in den Augen vieler eine baldige Aenderung der Gesetzgebung zugunsten der Heimarbeiter erwarten. Diese Erwartungen, die übrigens von der Arbeiterschaft nicht geteilt wurden, haben sich nicht erfüllt. Es blieb beim alten. Gegen Ende des Jahres 1907 ist allerdings der Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes dem Reichstage zugegangen, das jetzt endlich, nach nahezu vier Jahren, in aller Eile verabschiedet werden soll. Die Regierung und die Mehrheitsparteien im Reichstage werden voraussichtlich hierzu ihr möglichstes tun. Sie erhoffen von der Verabschiedung eines sozialpolitischen Gesetzes, das für die Vermittler der Armen, die Heimarbeiter und -arbeiterinnen bestimmt ist, eine günstige Einwirkung auf den Ausfall der Reichstagswahlen.

Nach all dem, was bisher über die Absichten der Regierung und der Mehrheitsparteien in bezug auf das Hausarbeitsgesetz laut geworden ist, wird dies den Heimarbeitern und -arbeiterinnen nicht das bringen, was sie dringend brauchen: gesetzliche Regelung der Mindestlöhne. Der Antrag, Lohnämter einzuführen, die diese Aufgabe erfüllen sollten, wurde in der Kommission und bisher auch im Plenum des Reichstages abgelehnt. Neuerdings ist die Rede davon, daß die Regierung beabsichtigt, dem Bundesrat das Recht zu geben, „Zachauschüsse“ einzusetzen, die aber die geforderte gesetzliche Lohnregelung nicht herbeiführen können, vielmehr nur beratende und anregende Körperschaften darstellen, die unter anderem auch den Abschluß von Tarifverträgen fördern sollen.

Jetzt steht — es ist dies auch auf dem im Januar d. J. von Vertretern der verschiedensten Richtungen veranstalteten Heimarbeitertag zum Ausdruck gebracht worden —, daß das Hausarbeitsgesetz ohne die geforderten Lohnämter auf die Verhältnisse der Heimarbeiter durchaus nicht fördernd, wohl aber schädigend einwirken könne. Die geplanten Zachauschüsse bieten für die geforderten Lohnämter keinen Ersatz.

Bei dem traurigen Organisationsverhältnis der Heimarbeiter würden selbst Lohnämter nicht allein imstande sein, die traurigen Arbeitsbedingungen aus der Welt zu schaffen. Dies zeigen uns die Vorgänge in England. Dort bestehen seit 1909 Lohnämter. Nach dem letzten internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung haben vielfach aber die Heimarbeiter zum Streik greifen müssen, um den von den Lohnämtern festgesetzten Bedingungen Anerkennung zu verschaffen. Dies zeigt natürlich das Vorhandensein einer starken Organisation der Heimarbeiter voraus, an der es leider noch immer in Deutschland mangelt. Dies ist bekannt. Bekannt sind auch die Schwierigkeiten, die der Gewinnung von Heimarbeitern — meist Frauen und Töchter der Arbeiterklasse — entgegenstehen. Bekannt sind aber auch die Folgen, die sich hieraus ergeben.

Wiederholt haben sich deshalb die Gewerkschaftskongresse mit dieser Frage beschäftigt und den organisierten Arbeitern zur Pflicht gemacht, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß ihre Familienangehörigen, die Heimarbeit verrichten, sich den zuständigen Organisationen anschließen. Dies ist auf dem Kölner, dem Hamburger und dem Dresdener Gewerkschaftskongreß geschehen. Ein Absatz der auf diesem Kongreß in der Frage der Heimarbeit angenommenen Resolution lautet:

„Der organisierten Arbeiterschaft macht es der Kongreß zur Pflicht, die Bestrebungen zur Organisierung der Heimarbeiter nach Kräften zu unterstützen, vor allem dafür zu sorgen, daß ihre gewerblich tätigen weiblichen Familienangehörigen sich ihrer Berufsorganisation anschließen.“

Was die mangelhafte Organisation der Heimarbeiter und -arbeiterinnen für Wirkungen zeitigt, ist erst in letzter Zeit bei der vom Verband der Schneider geführten Bewegung in der Wäschebranche bewiesen worden. Sie wäre günstiger verlaufen, wenn die Arbeiterorganisation sich auf eine größere Anzahl organisierter Arbeiterinnen hätte stützen können.

Daß unter den elenden Verhältnissen in der Heimarbeit die gesamte Arbeiterschaft leidet, ist selbstverständlich. Höhere Stüdlöhne — für Heimarbeit kommt meist Affordarbeit in Frage — würden den Frauen der Arbeiterklasse, die einen großen Prozentsatz der Heimarbeiterinnen stellen, ermöglichen, sich mehr der Beforgung des Haushaltes, der Pflege und der Erziehung der Kinder zu widmen. Es braucht wohl nicht erst besonders auseinandergesetzt zu werden, welche Vorteile hieraus der Arbeiterfamilie erwachsen würden. Kürzere Arbeitszeit wäre auch in Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiterfrau dringend zu wünschen, die sich heute in doppelter Arbeit aufreibt und Körper und Geist ruiniert. Nirgendwo braucht so lange gearbeitet zu werden, um annehmbare Verdienste zu erzielen, wie in der Heimarbeit.

Wie nun in allen andern Fragen, so werden auch in der Frage der Heimarbeit durchgreifende Reformen erst durch die Heimarbeiter selbst geschaffen werden können. Die Vorbedingung hierfür, der Zusammenschluß der Heimarbeiter und -arbeiterinnen in die gewerkschaftlichen Organisationen, fehlt aber bis jetzt und ist so schwer herbeizuführen. Hauptächlich deshalb, weil die in der Heimarbeit Beschäftigten allein arbeiten. Der Zusammenschluß ist aber heute dringender als je. Deshalb richten wir auch an dieser Stelle noch einmal die schon wiederholt ausgesprochene Bitte an alle Arbeiter, in deren Hause Heimarbeit verrichtet wird, die Familienangehörigen über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation aufzuklären und sie zum Anschluß an die in Frage kommenden Verbände zu veranlassen.

Wie sich die Arbeiterschaft der verschiedensten Berufe durch jahrelange Kämpfe und durch Stärkung der Organisation Anerkennung verschafft und Berücksichtigung der gestellten Forderungen erreicht hat, so wird das auch den in der Heimarbeit beschäftigten Männern und Frauen möglich sein, wenn auch diese erst, in starken Organisationen vereinigt, dem vereinigten Unternehmertum entgegenzutreten können. Es ist ein trauriges Leben, das die Heimarbeiter führen. Bei gutem Willen ist es der organisierten Arbeiterschaft möglich, es glücklicher und sonniger zu gestalten.

### Die ehemaligen Gelben von Kattowik i. O.-Schl.

Der gelbe Bundespräsident hat Recht. Das verkannte Genie wird von seinen „getreuesten Heerschaaren“ überall treulos verlassen. Nachdem das große Licht Drewitz, der undankbare Märtyrer, der von einem Verbändler halb totgeschlagen und ins Krankenhaus gebracht sein sollte (was sich natürlich als frecher Schwindel herausstellte), mit seinem Fährlein zu den Hirsch-Dunderianern abgeschwenkt war (jedenfalls, weil die für den gelben „Märtyrer“ veranstaltete Sammlung allzuwenig [M. 8] eingebracht hatte), ist jetzt auch der Kattowiker gelbe Landsturm, der in den letzten Jahren fast immer die einzige gelbe Dase in Schlefien war, abtrünnig geworden. Sie sind zu den „Katholischen Facharbeitern“ abgeschwenkt.

In einer Versammlung, die am 16. November in Kattowik stattfand, in der Kollege Heßschold-Berlin über „Die kulturelle Bedeutung unseres Verbandes und der Zusammenbruch der Gelben“ sprach, plauderte auch der famose Vorsitzende dieser „Brüder in Christo“ aus, weshalb sie von den Gelben abgeschwenkt seien. Er sagte wörtlich: „Wir werden dafür sorgen, daß die Kattowiker Kollegen keine Sozialdemokraten werden; aber es hätte das kommen können (daß alle Kollegen zur Sozialdemokratie abgeschwenkt wären. D. B.), wenn wir nicht die Fachabteilung gegründet hätten.“ (11) Also: hier sagt der „Führer“ mit dünnen Worten, daß die Kollegen der gelben Litanei gründlich satt waren, und deshalb schleunigst eine neue Nummer aufgesetzt, eine neue Walze in den alten Leierkasten eingeseht werden mußte, damit die Schäfchen nicht den freizeitlichen Klängen nachgehen konnten. Daß es in derselben Leier wie bei den Gelben weitergehen sollte, zeigte folgendes Schreiben, das die Fachabteilung den Kattowiker Kollegen in Kувerts mit dem Aufdruck: **Sehr wichtig!** vor der Versammlung zusandten:

Katt., d. 15. Nov. 1911.

Liebe Kollegen!

Donnerstag, den 16. November, nachmittags 4 Uhr, findet im Restaurant Richter, früher Salzmann, eine Versammlung des sozialdemokratischen Verbandes statt.

Auf der Tagesordnung stehen, wie gewöhnlich, wider sinnige und alberne Sachen.

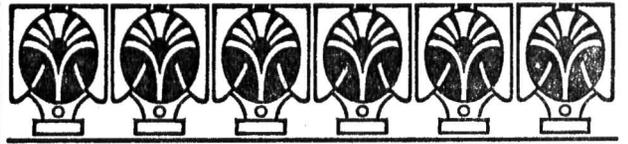
Es ist Pflicht eines jeden Gefellen, der Liebe zum Handwerk hat und einmal selbständig werden will, etwas dagegen zu tun.

Da es der Wunsch der Innung ist, daß wir uns dabei beteiligen, beabsichtigen wir, uns eine Stunde vorher, also um 3 Uhr in Pietreks Restaurant, Sedanstraße, zu versammeln, um dann gemeinschaftlich zu obengenannter Versammlung hinzugehen.

Mit kollegialischem Gruß  
der Vorstand der Bäcker-Fachabteilung d. f. G. B. p. Gojofzil.

Sie kamen denn auch, die „handwerkliebenden“ Innungsgetreuen, auf Wunsch oder Befehl der Innung. Auch ihr Auftreten in der Versammlung unterschied sich an Unanständigkeit, Negelei und absolutem Mangel an parlamentarischen Kenntnissen in nichts von den gelben Geistesbrüdern. Den Referenten suchten sie fortgesetzt zu unterbrechen und zu stören, wobei sie aber ziemlich ungeschickt und derart läppisch vorgingen, daß sie dem allgemeinen Gelächter verfielen. Der Referent hatte Gelegenheit, die „Christen“ als Verleugner der Lehren des Begründers der christlichen Religion zu entlarven und den „sozialdemokratischen Verband“ als einzigen ehrlichen Verfechter dieser Lehren, als einzigen Träger von Kultur und Fortschritt in unserm Berufe vorzustellen.

In der Diskussion zeigten die beiden Redner der Fachabteilung, ein Bäckermeisterssohn Beder und der oben unterzeichnete Vorsitzende der Fachabteilung, daß sie noch weniger Intelligenz als Redner besitzen (trotz besserer Schulbildung), als sie als Zwischenrufer und Ruheförder blamablerweise bewiesen hatten. Auf das Referat gingen sie nach berühmten Mustern gar nicht ein, sondern sie leierten nur die auswendig gelernten „Weisheiten“ des berüchtigten jesuitischen Zitatensackes herunter, brachten dann noch die Lügen der Zentrumspreffe über sozialdemokratische Verbrechen, wobei die Gelben behaupteten (worüber jedes Kind lacht), daß die französische und die portugiesische Regierung sozialdemokratisch seien und die Revolution und der Königsmord in Portugal das Werk der Sozialdemokratie seien. In der unanständigsten Weise zog der studierte, aber nicht weit gekommene Bäckermeisterssohn Beder, der dann Schreiber bei der Polizei war, jetzt wieder Bäcker bei seinem Vater ist, den Kaiser in provozierender Weise in die Debatte, wobei er die Sozialdemokraten durchweg als Schuste bezeichnete. Neben unflätigen Schimpfwörtern wollte lächerlicherweise dieser ehemalige Polizeischreiber sich noch als besseren Fachmann als die Sozialdemokraten und als den Referenten hinstellen. Die beiden „Redner“ bliesen natürlich auch in die Kulturkampfposaune, wollten dann heuchlerisch Verfehlungen von Sozialdemokraten als Beweis der Güte ihrer katholischen alleinseligmachenden Fachabteilung ausschlagen, wobei sie aber auf die mit Kirchengeldern und Muttermal durchgebrannten Pfaffen aufmerksam gemacht wurden, worauf der heuchlerisch fromm verleumdende Mund verstummte. „Christliche Liebe“ beschimpfte Tote und Lebende gleichmäßig und verfuhr auch nach dem Rezept, das Siegl einst seinen Glaubensgenossen nachsagte: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.“ Der intelligent sein wollende Vorsitzende der Fachabteilung, der nur mit schwulstigen Phrasen und Schaumschlägereien operierte und nur Gemeinplätze und Plattheiten vorbrachte, leistete sich das Tollste. Er behauptete darauflos von „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften, deren Namen er aber vorsichtigerweise nicht wußte, alles Mögliche und Unmögliche. Er hätte auch anderthalb Jahre dem Bäckerverband angehört, und zwar in Waldenburg, wäre aber dann um seine Unterstützung geprellt worden. Die Kollegen Bruschek, Kämmler und andere haben den Heuchlern schon in der Diskussion die unangenehmsten Wahrheiten gesagt. Im Schlußwort nahm dann der Referent die Behauptungen der Christen einzeln unter die Lupe und rechnete unbarmherzig mit den Vergewaltigern der Wahrheit ab. Dem Vorsitzenden der Fachabteilung sagte er ins Gesicht, daß derselbe wesentlich die Unwahrheit gesagt hätte; denn er sei niemals anderthalb Jahre in Waldenburg im Verbandsrat gewesen und könne deshalb dort auch nicht um die Unterstützung geprellt sein. Er solle ihn (Heßschold) verklagen, und wenn er das nicht tue, bleibe er ein Mensch, der öffentlich wesentlich die Unwahrheit gesagt hätte. Immer derber sausten die Hiebe auf die unwahrhaftigen Christen unter dem Beifall und der Heiterkeit der Versammelten herab. Alle Versuche der moralisch Gezüchtigten, die Ruhe zu stören und den in der Vorbesprechung scheinbar verabredeten Kadav zu provozieren, mißlangen. Der Referent ließ sich nicht bezirren. Als die Herren ihre Absicht bereitet sahen, forderte der erbarmungswürdig beschränkte Vorsitzende der Fachabteilung, der schon in der Diskussion unanständigerweise sein Vereinden hochleben ließ, auf, den Saal zu verlassen. Doch nur wenige folgten dem Befehl dieses Leit-Itens, und als er wartend auf die Schäfchen an der von ihm wie von einem Portier offengehaltenen Tür stand, mußte er sich vom Vorsitzenden der Versammlung die Ausweisung gefallen lassen. Ihm folgten zögernd nach und nach einige Schäfchen, bis nach einer Weile auch der Polizeischreiber a. D. folgte, weil er — schlafen gehen mußte, wie er vorher versicherte. Prahlend hatte der Fachabteilungsvorsitzende verkündet, daß sie Winzer heimgeschickt hätten (auch eine Unwahrheit. D. B.) und auch jetzt Heßschold heim schicken würden. Der klägliche Abzug, den die Herren nun erleben mußten, erregte große Heiterkeit nicht nur unter unsern ehrlichen Anhängern, sondern selbst unter den Nichtmitgliedern. Diese Versammlung hat wieder einmal gezeigt, daß auch in Oberschlefien die große Mehrzahl der Kollegen zu uns hält und daß ein guter Geist in unsere dortigen Kollegen einzieht. Ihn immer mehr zu wecken und zu pflegen, muß die Aufgabe unserer dortigen Mitglieder sein, in ihrem Interesse und zum Wohle der gesamten Kollegenschaft. Eine Anzahl neuer Mitglieder war der sofortige greifbare Erfolg, der moralische und dauernde Erfolg dieser Versammlung wird aber größer und bedeutender sein.



## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Zahlstelle München wurde antragsgemäß die Genehmigung erteilt, für den Monat Dezember einen Extrabeitrag von 50  $\%$  pro Mitglied zu erheben und weiter, ab 1. Januar 1912 pro Mitglied und Woche einen Extrabeitrag von 10  $\%$  zu erheben. Der Einheitsbeitrag für männliche Mitglieder beträgt also ab 1. Januar 1912 in München 70 und 85  $\%$ .

Mit dem letzten „Correspondenzblatt“ ist die Statistikkarte über die Arbeitslosigkeit der Mitglieder an die Vorstände der Zahlstellen versandt worden. Bis 5. Dezember wolle man dieselbe, korrekt ausgefüllt, an die Hauptverwaltung des Verbandes einschicken.

Allen Bewerbern um die Bezirksleiterposten in Chemnitz und Erfurt besten Dank für ihre eingereichten Bewerbungen. Es sind als Bezirksleiter gewählt worden: Alfred Heil für Chemnitz, bisher Kassierer der Zahlstelle Bernburg, und Moritz Friedrich für Erfurt, bisher Schriftführer der Zahlstelle Hamburg. Dieselben werden ihre Posten am 1. Januar 1912 antreten.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: D. Allmann, Vorsitzender.

### Quittung.

Vom 19. bis 25. November gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:  
Königsberg i. Pr. M. 65,06, Uetersen 41,90, Wegesack 52,60, Weißwasser 20,60, Crefeld 58,75, Waldenburg 45,10, Breslau (Nachtrag) 45.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: L. M.: Haderleben M. 2, F. M.: Gisdorf 10,80, H. Sch.: Dahme 5, D. M.: Ungermünde 3, R. S.: Schöneck 4,80, F. G.: Bredstedt 9,60, P. B.: Apenrade 2,50, R. K.: Finnentrop 10,20, G. S.: Pöpsneck 27,10, G. St.: Grabow 47.

Für Abonnements und Annoncen: Zentralkrankenkasse: Magdeburg M. 13,30, Harburg 16,30; Innungskrankenkasse: Berlin 24; R. M.: Regensburg 18, G. H.: Oibernhau 8,50.

Der Hauptkassierer. J. B.: M. Langhann.

Spätestens am 2. Dezember ist der 49. Wochenbeitrag für 1911 (3. bis 9. Dezember) fällig.

### Sterbetafel.

Frankfurt a. M. Hans Hohenester, gestorben am 17. November im Alter von 81 Jahren.

Heinrichs b. Suhl. Berthold Kämmerer, gestorben am 24. November infolge eines Unglücksfalles.

Nürnberg-Fürth. Alois Sirl, gestorben im Alter von 42 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

### Lohnbewegungen und Streiks.

(Die Berichterstatter über Lohnbewegungen werden ersucht, bei allen Meldungen über erfolgte Tarifabschlüsse auch die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen anzugeben!)

### Fabrikbranche.

Erfolgreiche Lohnbewegung in der Englischen Kates- und Zwiebackfabrik zu Hamburg (Grasbrook). Am 7. Oktober beschloßen die Arbeiter und Arbeiterinnen obengenannten Betriebes angesichts der allgemeinen Teuerung in eine Lohnbewegung einzutreten und am 22. Oktober befanden sich die Forderungen in den Händen der Geschäftsleitung. In einem an uns gerichteten Schreiben erklärte sich die Firma bereit, mit ihren Leuten zu verhandeln. Dabei wurde folgender Tarif zum Abschluß gebracht.

Hamburg, 30. November 1911.

### Tarifvertrag.

Zwischen der P. T. Englischen Kates- und Zwiebackfabrik zu Hamburg einerseits und dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren zu Hamburg andererseits ist unter obigem Datum folgender Tarifvertrag abgeschlossen worden:

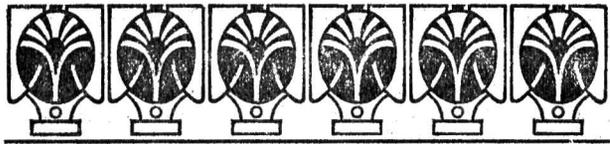
1. Bäcker über 21 Jahre erhalten einen Anfangsstundenlohn von M. —,60.
2. Bäcker unter 21 Jahren erhalten einen Anfangsstundenlohn von M. —,50.
3. Arbeiter über 21 Jahre erhalten einen Anfangsstundenlohn von M. —,40.
4. Arbeiter unter 21 Jahren erhalten einen Anfangsstundenlohn von M. —,35.
5. Für bereits in dieser Höhe bestehende Löhne wird vom 1. Dezember 1911 ab eine Lohnzulage von 5 pZt. und vom 1. April 1912 ab eine weitere Zulage von 5 pZt. gewährt.
6. Arbeiterinnen erhalten einen Anfangsstundenlohn von M. —,24, nach achtstägiger Probezeit erfolgt Beteiligung am Afford. Sämtliche Arbeiterinnen erhalten vom 1. Dezember 1912 ab eine Zulage von 5 pZt.

7. Vorarbeiter und Handwerker erhalten eine Zulage von M. 2, so daß der Wochenlohn M. 35 beträgt.
- Der Schlosser und Barlassenführer erhält einen Wochenlohn von M. 32, ab 1. April 1912 eine Zulage von M. 1, zur gegebenen Zeit eine weitere Aufbesserung.
8. Der tariflich festgelegte Lohnsatz ist in allen Fällen auch in der Bäckerei an den Maschinen zu garantieren.
9. Alfordtabellen sind in jeder Abteilung sichtbar auszuhängen.
10. Der Betriebsausschuß besteht aus drei Personen und vertritt bei Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis die Gesamtarbeiterschaft.

Vorsteher der Tarif gilt auf die Dauer vom 1. Dezember 1911 bis 30. November 1913.

Die vertragschließenden Parteien haben das Recht, drei Monate vor Ablauf denselben zu kündigen. Geschieht dies nicht, so gilt derselbe auf weitere zwei Jahre mit einer am 1. Dezember 1913 zu gewährenden Zulage von 5 pSt. für sämtliche Löhne.

In Betracht kommen 42 weibliche und 20 männliche Arbeiter. Recht vorteilhaft gegenüber anderen Betrieben steht hier das Verhalten der Vorarbeiter und Meister ab, während man allgemein in diesen Fabriken mit dem Strebergeist der Vorgesetzten zu tun hat, sehen wir hier ein kollegiales Verhältnis, welches jedenfalls auch im Interesse des Geschäfts liegt, obwohl wir, daß wir bald mehr derartige Tarife in dieser Branche abschließen.



### Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einsendungen müssen mit dem Zahlstellenkennzeichen versehen und vom Vorsitzenden gegenzeichnet sein.)

#### Bäcker.

**Bayreuth.** Am 16. November fand hier eine öffentliche, von 30 meist älteren Kollegen besuchte Versammlung statt, zu welcher Kollege Hechtel-Mürnberg als Referent erschienen war. Die Tagesordnung lautete: 1. Die reaktionären Bewegungen der Bäckermeister und ihr Verbandstag in Stuttgart. 2. Freie Aussprache. Hechtel wies in einviertelstündiger, spannender Rede auf die zahlreichen Punkte der Tagesordnung des Verbandstages hin. Alle Anwesenden lauschten aufmerksam den Ausführungen des Referenten, welchem nach Schluß seiner Rede lauter Beifall zuteil wurde. Beim zweiten Punkt nahm besonders der Vorsitzende des Gehilfenvereins, Kollege Preßlein, das Wort. Derselbe kam darauf zu sprechen, daß die älteren Kollegen hier in Bayreuth immer mehr überflüssig werden, was natürlich auf die ausgedehnte Lehrlingszucht zurückzuführen ist. Seit 15 Jahren sind mehr als 15 Gehilfen weniger hier beschäftigt, während in andern Städten sich die Gehilfen vermehren. Die Diskussion zeigte, daß sich die älteren Kollegen doch auch ein wenig hinter die Ohren gekräft haben und ihnen die hiesigen Zustände nicht so ganz gefallen. Die älteren, uns heute noch fernstehenden Kollegen, gaben mit freudigem Zustimmen die Versicherung, öfter unsern Versammlungen beizuwohnen; Hechtel möge auch einmal wieder in den Versammlungen des Vereins sprechen, was ja früher öfter der Fall war. Es wurden drei Kollegen aufgenommen und mehrere liehen sich die Aufnahmefristen geben, und versicherten, sie ausgefüllt wiederzubringen. Nachdem Hechtel mit kräftigen Ausführungen die Versammlung beendet, brachte noch mancher Kollege in zwangloser Aussprache seine Leiden zur Sprache. Also auf, Bayreuther Kollegen, in der nächsten Versammlung fehle nicht einer von euch!

**Bochum.** Am 16. November tagte hier im Restaurant Gustav Janzen eine öffentliche Versammlung, zu welcher sich trotz des schlechten Wetters eine Anzahl Nichtmitglieder und auch drei Bäckermeister eingefunden hatten. Van Kees sprach über das Thema: „Die Bäckermeister im Kampf gegen unsere Menschenrechte.“ Seine Ausführungen wurden mit reichem Beifall belohnt, und man konnte beobachten, wie die Erschienenen förmlich am Munde des Referenten hingen. Zur Diskussion sprach zunächst Kollege Kollmair und kam hauptsächlich auf die Sonntagsruhe zu sprechen, die die westfälischen Bäckermeister durch Obermeisterstage, Verbandstage und große Reden einführen wollten. Aber dabei ist es speziell in Bochum geliebt. Unseres Wissens beschäftigt der große Sonntagsruhe-Redner der Westfalen, Wichhoff-Bochum, immer noch seine Lehrlinge des Sonntags. Denn am Orte sind jetzt die meisten Bäckereien ohne Gehilfen; sie können alles mit Stiften fertigbringen. Kollege Großkurz ging dann noch auf die örtlichen Verhältnisse ein und forderte die anwesenden Nichtmitglieder auf, doch mit der Vereinsmeierei aufzuhören und sich dem Verbands anzuschließen. Dieses versprachen auch mehrere. Nach einem kräftigen Schlusssatz erfolgte der Schluß.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Mitglieder-Versammlung schon am 10. Dezember stattfindet; wichtige Tagesordnung! Alle erscheinen!

**Bezirk Bremen.** (Erfolgreiche Wochtagsarbeit.) Am 22. November (Wochtag) fanden in Oldenburg, Delmenhorst, Vegesack-Blumenthal und Bremen öffentliche Versammlungen statt, in denen die Kollegen Lade, Rassen, Wende und Genosse Wollers-Vegesack referierten. Die Oldenburger Versammlung war sehr gut besucht und zeitigte auch ein gutes Resultat. Sache unserer dortigen Verwaltungsmitglieder wird es sein, aus den neu gewonnenen Mitgliedern dauernde Anhänger unserer Bewegung zu machen. Delmenhorst war nicht nur über alles Erwarten gut besucht, sondern die erschienenen Kollegen traten bis auf zwei der Organisation bei, so daß unser Mitgliederbestand von fünf auf 25 stieg. Dieser Erfolg war das Resultat einer mehrere Tage vorher betriebenen Hausagitation des Kollegen Friedrich Janzen, mit Unterstützung einiger Delmenhorster

Kollegen. In Vegesack-Blumenthal waren wie immer alle Mann an Bord, und wurden wieder fünf Kollegen in unsere Reihen aufgenommen. In Bremen selbst fand die in jener Woche fällige Bezirksversammlung statt, deren Resultat allerdings zu wünschen übrig ließ, sowohl quantitativ wie qualitativ. In allen andern Versammlungen war jedoch, wie wir sahen, reges Leben und entschlossene Stimmung, die uns zu den besten Perspektiven berechtigt. Nur so weiter, ihr wackern Pioniere, besonders in Oldenburg, eure Arbeit wird nicht vergebens sein, sondern die besten Resultate zeitigen.

**Danzig.** Am 22. November beschäftigte sich eine von unserer Organisation einberufene Protestversammlung, die in der Maurerherberge tagte, mit den Einrichtungen und Verwaltungspraktiken der hiesigen Innung. Hauptfächlich wurde der Terrorismus gegen unsere Organisation, der in schiefster Weise angewandt wird, gezeißelt. Bezirksleiter A. Grigo beleuchtete das Gebaren der hiesigen Innungsschärfmacher, die fortgesetzt nach reaktionären Ausnahmestellen gegen die organisierte Arbeiterschaft schreiben und selber mit Gewalt gegen nicht genehme Arbeiter vorgehen. Die Innung (unter der Führung des konservativen Bäckereidirektors Karow) will durch einen bereits gefassten Beschluß den Gehilfen ihre gesetzlichen Rechte rauben; dabei leisten die gelben Streifbretteragitatoren natürlich willig und freudig die verlangten Handlangerdienste. Der § 95 der Gewerbeordnung bestimmt bekanntlich, daß Gehilfen oder Gehilfen an der Verwaltung aller Einrichtungen der Innung teilzunehmen haben, sofern sie Beiträge dazu leisten oder eine besondere Mühewaltung übernehmen. Die Bäckerinnung will durch Aenderung des Statuts dieses Gesetz umgehen, um die Gehilfen aus der Verwaltung auszuschalten. Nach dem diesjährigen Streik hatten es die Schärfmacher natürlich ganz besonders auf die Vernichtung unseres Verbandes abgesehen. Einzelne laufen von Bäckerei zu Bäckerei und schnüffeln überall, ob nicht irgendwo ein „Noter“ beschäftigt wird. In einzelnen Fällen sind Arbeiter schon auf den bloßen Verdacht hin, organisiert zu sein, entlassen worden. Auch solche Kräuter, die ihre wirtschaftliche Existenz lediglich den Arbeitern verdanken, genießen sich nicht, den brutalsten Standpunkt gegen ihre Arbeiter einzunehmen. Der Stellenvermittler Kuwert, als Handlanger der Innung, hat ebenfalls die Anweisung bekommen, organisierte Gehilfen nicht in Arbeit zu schicken. Es sind am Orte Kollegen, Familienväter, vorhanden, die gern arbeiten möchten, trotzdem aber sieben bis zehn Monate arbeitslos liegen, weil die Herren Trogkünstler ihre Ausshungerung wünschen! Man will mit solchen brutalen Maßnahmen die Lebenshaltung, die geradezu beschämend niedrigen Lohnverhältnisse und die lange Arbeitszeit aufrecht erhalten. Der Durchschnittslohn der Bäckergehilfen hier am Orte ist M. 8,50 pro Woche bei sieben tägiger Arbeitswoche; es werden in den meisten Bäckereien Lehrlinge und Gehilfen 14 bis 17 Stunden täglich ausgebeutet. Angesichts dieser tiefstaurigen Zustände fürchten die Bäckermeister selbstverständlich, daß die so gedrückten und entrechteten Bäckereiarbeiter sich geschlossener als in diesem Jahre aufrufen und ihre Rechte verlangen. Den Bäckermeistern und Innungsschärfmachern aber müssen wir raten, den Bogen nicht zu überbücken. Allzu scharf macht scharf. Es wird sonst vielleicht sehr schnell kommen, daß der Verband zu Gegenmaßnahmen greift und eine Reihe der „Gernegroße“ doch in die Schranken gewiesen werden. Zum Schluß der Versammlung wurde einstimmig eine Resolution, die den Arbeitsnachweis der Innung als die ärgste Brutstätte zur Maßregelung arbeitsloser Gehilfen bezeichnet und die Beseitigung dieser Uebelstände verlangt, angenommen. Ferner wurde der Vorstand des Verbandes beauftragt, dahingehend zu wirken, daß der Beschluß der Innung auf Umgehung des § 95 der Gewerbeordnung und eine Statutenänderung in diesem Sinne von der Aufsichtsbehörde inhiert wird.

**Graudenz.** (Ein Beitrag zur Lehrlingsausbeutung und -ausplünderung durch die Germania-Innungsmeister.) In Graudenz steht die Lehrlingszucht im Bäckergewerbe in vollkommener Blüte. Ein Innungsmeister sucht immer den andern durch Vermehrung dieser wertvollen und anspruchsvollen Ausbeutungsobjekte zu übertrumpfen. Die meisten Unternehmer arbeiten mit drei, vier bis fünf Lehrlingen, haben aber keine Gehilfen. Die Folge dieser jugelosen Lehrlingszucht ist die erschreckende Arbeitslosigkeit im Bäckergewerbe, die zu einer trostlosen Lebenslage der Bäckergehilfen führt. In einer Versammlung am 16. November wurden diese Zustände innerhalb der Graudenzener Bäckerinnung besprochen und kritisch beleuchtet. Es kam zur Sprache, daß die Innungskrauter geradezu ein verwerfliches Manöver mit den Lehrlingen treiben. Die Armut der hiesigen Bevölkerung und die Indutrielosigkeit dieser Gegend treibt ja immer noch genug junge Leute den profitgierigen Bäckermeistern in die Arme. Letztere können sich erdreisten, mit den Kindern armer Leute Schindluder zu spielen, und nur durch Zufall wird dann und wann durch einen Vertreter unserer Organisation in dieses Rabennest hineingegriffen. Natürlich geraten dann die Innungsschärfmacher aus dem Häuschen.

Ein solcher Vorfall spielte sich am 17. November vor dem Gewerbe-Innungsschiedsgericht in Graudenz ab. Der Lehrling B. trat bei dem Bäckermeister Giese im Oktober 1908 in die Lehre. Er sollte im November 1911, nachdem die dreijährige Lehrzeit beendet war, Gehilfe werden. Vereinbart war, daß der Lehrling im ersten Lehrjahre M. 25, im zweiten M. 50 und im dritten Lehrjahre M. 75 erhalten solle. Die entstehenden Unkosten für die Ausschreibung sollte gleichfalls der Lehrling tragen. Es fand sich aber ein Weg, wie Meister Giese vom Zahlen loskam. Er hat nämlich den Lehrling mit dem Spreißelholz derartig verhalten, daß der junge Mensch aus der Lehre fortließ. Der Kontraktbruch war fertig, der Lehrvertrag war gebrochen und der Bäckermeister war vom Zahlen frei. Der Lehrling hat über drei Jahre gelernt und nun mag er zusehen, wie er zu seinem Rechte kommt und wie er weiter seine Existenz fristen kann.

Um den Charakter dieses Lehrlingszerzuebers, dem durch Gesetz die „väterliche Zucht“ über die Lehrlinge übertragen ist, würdigen zu können, müssen wir uns seine Handlungsweise noch näher ansehen. Er hat ein gut-

gehendes Geschäft, arbeitet immer mit drei und vier Lehrlingen, die er täglich unter den Augen der Behörde 13 bis 15 Stunden ausbeutet. Durch eine Eingabe des Verbandes an die westpreussische Handelskammer wurde von derselben angeordnet, daß Bäckermeister, die keinen Gehilfen beschäftigen, nicht mehr als zwei, wenn aber zwei in einem Jahre freigesprochen werden, drei Lehrlinge halten dürfen. Der Bäckermeister Giese hatte aber vier Lehrlinge, und so war es sehr angebracht, daß der älteste den Lehrvertrag brach. Die andern Lehrlinge gingen also zu sehr gelegener Zeit mit ihrem Kollegen Gandel an und nun kam der Meister dazwischen und hieb mit einem Backspieß los. Der neunzehnjährige Mensch, der in seiner Ratlosigkeit keinen andern Ausweg fand, setzte sich zur Wehr. Das war gegen die heilige Disziplin und Ordnung; er hätte sich wohl lieber von seinem Ausbeuter totschlagen lassen sollen.

Der Kollege Grigo, der aus Danzig auf der Agitationstour war, wohnte zum Teil der interessanten Schiedsgerichtsverhandlung bei. Er mußte jedoch vor Ablauf derselben nach einer derben Auseinandersetzung mit den Innungsführern das sogenannte Gerichtslokal verlassen. Der Vater des Lehrlings B. klagte also gegen den Bäckermeister Giese auf Wiederherstellung des Lehrvertrages und auf die Auszahlung der M. 75. Das Schiedsgericht wies, wie zu erwarten war, die Ansprüche mit der Begründung ab, daß sich der Lehrling unbotmäßig benommen habe. Auffällig und ungeschicklich erschien uns die ganze Zusammenkunft des Gerichts. Es fungierten vier Bäckermeister (einer mehr gefesunkundig als der andere) als Richter, Gesellenausschuß als Vertreter der Gehilfen und Lehrlinge waren unbekannt Dinge. Aber den bekannten Gehilfen Bobinski, der schon einmal bei den Gehilfen eine Rolle zu spielen versuchte, hatte jemand doch mitgebracht. Ihm fiel die Aufgabe zu, für die Innungsgrößen die Tür auf- und zuzumachen.

Die Klage wurde selbstverständlich nunmehr dem ordentlichen Gericht zur Entscheidung überwiesen und es wird interessant sein, dort der Verhandlung beizuwohnen. Jedenfalls werden bei dieser Gelegenheit die Tugenden der Graudenzener Bäckermeister (und auch die des Obermeisters) bezüglich der Erziehung der Lehrlinge aufgerollt werden. Einzelne Meister haben ja den direkten Beweis erbracht, daß sie nicht die Eigenschaften besitzen, Lehrlinge auszubilden und sie zu sittlichen Menschen zu erziehen.

Es gilt also, solchen Herren das Verständnis für zeitgemäße Einrichtungen und Erziehungsmethoden zur Kenntnis zu bringen. Am schnellsten wird das geschehen, wenn sich die Graudenzener Bäckergehilfen ohne Ausnahme dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren anschließen.

**Hannover.** Am 7. November fand hier eine sehr gut besuchte Bäckerversammlung statt, in welcher Kollege Weber das Thema behandelte: „Der gegenwärtige Brotkrieg in Hannover-Linden und die Stellung der hannoverschen Gehilfen hierzu.“ Der Referent erläuterte die Entwicklung des Bäckergewerbes im allgemeinen und die in Hannover im besonderen, sowie eingehend die Verteuerungspolitik der Regierung, die durch die Zollpolitik sehr viel dazu beitrug, daß das Bäckergewerbe großen Belastungen ausgesetzt wurde. Die Stellung der Gehilfen sei durch den augenblicklichen Brotkrieg sehr gefährdet und die Folgen würden sich demnächst in recht unliebsamer Weise bemerkbar machen. In einer sehr anregenden Debatte zollten alle Diskussionsredner dem Referenten Beifall. Besonders sprach der Bäckermeister Heinemeier sich im Sinne des Referenten aus. Unter „Verschiedenes“ brachte Weber noch einige Beschwerden über den Innungsarbeitsnachweis vor, denen der Gesellenausschuß abzuwehren versprach.

**Leipzig.** (Meinfall der Leipziger Bäckerinnung.) Eine furchtbare Angst vor einer neuen Lohnbewegung erfüllt die Leipziger Innungsgrößen. Die Stimmung der Gehilfen, eventuell noch vor Weihnachten in eine neue Lohnbewegung einzutreten, hat es vermocht, die Innung mit dem gesamten Gesellenausschuß auf die Beine zu bringen. Innung und Gesellenausschuß waren sich einig geworden, einmal der Welt zu zeigen, daß die bösen Verbändler mit ihren Behauptungen und Forderungen gar nicht die Zustimmung der Gehilfen haben. Um das aber fertig zu bringen, mußte sich der Gesellenausschuß zu den erbärmlichsten Handlangerdiensten für die Innung herbeilassen. Die Kollegen wurden durch Karten, die von der Innung an die Meister gefandt und von dem Altgesellen Harnisch unterzeichnet waren, zur Versammlung eingeladen. Der Altgeselle hielt es für angebracht, auf der Karte zu vermerken, daß der Kollege, der die Karte einem andern Kollegen zur Benutzung gäbe, strafrechtlich verfolgt würde. Warum nicht gleich standrechtlich erschossen? Jede Karte war auf den Namen des betreffenden Gehilfen ausgestellt. Der Gesellenvertreter von Leipzig hat es mit seiner Würde vereinbaren können, durch diese Einladungen allen Arbeitslosen den Zugang zur Versammlung zu versperren. Niemand ohne Karte durfte den Saal betreten, nur die zwei Obermeister hatten das Recht und nahmen am Vorstandstisch Platz. Die Versammlung war außerordentlich gut besucht, und gewiß hatten die Herren Ober am Vorstandstisch von dem Wiederbeginn besserer Zeiten Träume gesponnen und die Reden vom hohen Frieden und süßer Eintracht sollten ihre Wirkung tun. Aber es sollte anders kommen. Zu Beginn der Versammlung wurde verlangt, daß, wenn die Vertreter des Verbandes nicht zugegen seien, auch die Obermeister den Saal zu verlassen haben. Um diese Blamage zu vermeiden, zogen es diese Herren vor, „freiwillig“ den Saal zu verlassen. „Meine Herren“, jähre der Obermeister beim Verlassen des Saales, „den Schaben haben Sie!“ Aber auch diese Drohung hatte keine Wirkung. Die Stimmung zeigte den Herren, wie der Wind wehte. Beim Verlassen meinte ein Witzbold zu den Herren Ober: „Heute geht es bei uns auch so launig her, wie bei den Meistern, aber Prügel gibt es bei uns nicht!“ Zur Zeit des Streiks wurden in einer Meisterversammlung bekanntlich zwei Bäckermeister, die die Forderungen der Gehilfen anerkannt hatten, unberücksichtigt geschlagen. Die Versammlung nahm dann die Zugeständnisse der Innung an und führte gleichzeitig aus, diese Zugeständnisse nur als Abschlagszahlung anzusehen, den Rest und die Zinsen aber im Frühjahr zu fordern.

Neben dem Versammlungsraum, in der Gaststube, hatten sich eine Anzahl Meister eingefunden, die nun der Dinge harften, die da kommen sollten. Es kam aber zum allgemeinen Erstaunen dieser Herren weiter nichts als die „freiwillig“ gegangen wordenen Obermeister. In stiller But meinte einer derselben: „Na, morgen werden sie in der „Volkszeitung“ schreiben, wir sind rausgeschmissen worden!“ Ein Herr glaubte bemerken zu müssen, die Versammelten benehmen sich wie eine „Sorde“! Daß eine solche erregte Versammlung nicht ganz ruhig verlaufen kann, ist selbstverständlich, und daß man den Obermeistern klar gemacht hat, daß sie nichts in einer Versammlung zu tun haben, wo der Gegner keinen Zutritt hat, ist gewiß für sie ärgerlich, eine Verechtigung, die Gesellen mit einer Horde zu vergleichen, steht aber niemand zu. Wenn man auch nicht auf seine Rechnung kommt, so ist es doch kindisch, sich auf solche Art und Weise Luft zu machen.

Die Versammlung selbst hat, weil unsere Mitglieder so stark vertreten waren, natürlich ein gutes Resultat ergeben. Und dies alles, trotzdem am Abend vorher es für eine meistertreue Vereinigung Freibier und einen Vortrag des Bäckereimeisters Grüber-Berlin gegeben hatte, und auch sonst alles „gut“ vorbereitet war. Gatten doch viele Kollegen die Einladungsarten erst am Tage der Versammlung erhalten! Einige Meistertrere hielten es in der Versammlung, als sie merkten, daß die Vertreter des Verbandes nicht anwesend waren, natürlich für angebracht, allerhand kindische Verdächtigungen über die Organisation vorzubringen. Aber unsere Mitglieder, die das erstmal in einer solch gewaltigen Versammlung (es waren gegen 1000 Kollegen anwesend) ohne die Verbandsvertreter die Interessen der Organisation gegen diese Verdächtigungen und Anwürfe verteidigen mußten, haben sich meisterhaft geschlagen. Der Beifall, den sie für ihre Ausführungen bekamen, hat gezeigt, daß die allgemeine Stimmung auf Seiten des Verbandes war. Mögen die andern Mitglieder ihnen nachahmen und kräftig an dem Ausbau der Organisation mithelfen.

Zu einem wuchtigen Protest gegen das überaus traurige Verhalten des hiesigen Gesellenausschusses, gestaltete sich die am 23. November stattgefundene öffentliche Versammlung. Trotzdem keine offiziellen Einladungen an die Kollegen erfolgt waren, hatten sich doch weit über 600 Kollegen eingefunden, ein Beweis, daß das Interesse an der Lohnbewegung noch sehr rege ist. Der Vorstand der Innung und der Gesellenausschuß waren aber brieflich eingeladen worden. Während ersterer sich schriftlich entschuldigte, daß er anderer Verpflichtungen halber keine Zeit hätte, zu erscheinen, war letzterer vollständig anwesend. Treffend meinte der Vorsitzende, Kollege Wilke: Ja, wenn man die Herren vom Innungsvorstand nicht ladet, dann kommen sie, werden sie aber höflich eingeladen, dann haben sie keine Zeit. In seinen Ausführungen übte Kollege Fiß scharfe Kritik an der Tätigkeit des Gesellenausschusses, und meinte, daß dieser von der Innung geradezu eingewickelt worden wäre. Nahezu elf Jahre habe man die Innung mit Lohnforderungen nicht belästigt, trotzdem würde das jetzt angeblich von ihr Bewilligte nicht eingehalten. Es sei geradezu ein Skandal, daß der Gesellenausschuß die Arbeitslosen nicht zu den Versammlungen zulasse, während die beiden Obermeister sich am Vorstandstisch niederließen. Mit diesem Gebaren habe sich die Vertretung der Gesellen selbst entmannt und unter die Vormundschaft der Innung gestellt; man sollte es kaum für möglich halten, daß sich erwachsene Männer soweit degradieren würden. In ganz Deutschland wäre so ein Fall noch nicht vorgekommen. In der sehr lebhaft einsetzenden Diskussion forderten sämtliche Redner vom Gesellenausschuß Rechenschaft über sein Verhalten. Aber diese Gesellenvertreter hüllten sich in Schweigen, und nur das Ausschußmitglied Peter stammelte ein paar nichtssagende Worte. Er warf dem Verband noch Terrorismus vor, natürlich ohne dabei den Schatten eines Beweises zu erbringen. Vom Verbandskollegen A. wurde Peter aufgefordert, die Behauptungen, die er in der letzten Versammlung geäußert hat, zu rektifizieren. Peter gab dann eine dementprechende Erklärung ab. In seinem Schlußwort ließ Kollege Fiß die Ergebnisse der Versammlung noch einmal Revue passieren. Zum Schluß wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die folgenden Wortlaut hat: „Die heute im Saale des Sansjourni tagende, von 600 Bäckergehilfen besuchte öffentliche Versammlung nimmt Kenntnis von dem, die Geselleninteressen schädigenden Treiben des Gesellenausschusses während der ganzen Dauer der Leipziger Lohnbewegung. Die Versammelten halten diesen nicht mehr für fähig, als Vertreter der Gesellen zu fungieren. Weiter erklärt die Versammlung, daß das, was die Innung angeblich zugestanden hat, mindestens auch durchgeführt wird, selbstverständlich dieses nur als Abschlagszahlung betrachtet wird, und nicht kuchen und raften will, bis auch dem bereits in 250 Betrieben durchgeführten Tarif in allen übrigen Leipziger Bäckereien Geltung verschafft ist. Zur Durchführung dieser Wünsche sieht die Versammlung ihre Vertretung nur einzig und allein in der Leitung des Verbandes der Bäcker und Konditoren Deutschlands.“ Selbst die Vertreter des Gesellenausschusses wagten nicht, gegen diese Resolution zu stimmen. Erwähnt sei, daß sich ungefähr ein Duzend Meister im Hintergrund der Galerie postiert hatten, obwohl die Versammlungsleitung einige reservierte Tische bereitwillig zur Verfügung gestellt hatte. Sind die Herren nach den Vorkommnissen in ihren Innungsversammlungen diesen Sommer auf einmal so bescheiden geworden?

**Saarbrücken.** Seit Jahren schon wird von den Kollegen über die Mißstände im hiesigen Sprechwesen lebhaft geklagt. Der Arbeitsnachweis der Innung steht lediglich auf dem Papier. Die Mehrzahl der Stellen wird von Wirten und einigen genugsam bekannten älteren Gehilfen verknüpelt. Diese Leute verstehen es selbstverständlich ausgedehnt, den arbeitslosen Kollegen auch noch die letzten paar Groschen aus der Tasche zu locken. Um diese Mißstände zu beseitigen und die Arbeitsvermittlung auch im Saarrevier in einigermaßen geordnete Bahnen zu leiten, wandte sich unsere Organisationsleitung an die hiesige Innung mit dem Ersuchen, mit uns eine Reorganisation des Sprechwesens durchzuführen. Die Innung hielt es leider nicht der Mühe wert, uns auf unsere Eingabe zu antworten. Auf persönliches Vortreffwerden unseres Bezirksleiters beim Herrn Obermeister Franz mußte letzterer aber doch zugeben, daß die von uns gerügten Zu-

stände tatsächlich unhaltbar sind und daß hier im Interesse der Meister wie Gehilfen unbedingt Remedur geschaffen werden müsse. Der Herr Obermeister sprach vor allem seine Verwunderung darüber aus, daß der Gesellenausschuß sich so wenig um die Interessen der Gehilfen kümmere und hier noch nicht eingegriffen habe. Er versprach aber auch, unsere Eingabe der nächsten Innungsversammlung im empfehlenden Sinne zu unterbreiten.

Am Sonntag, 19. November, fand nun hier eine öffentliche Gehilfenversammlung statt, die sich mit unserer Eingabe an die Innung und der Antwort derselben befaßte; sie war sehr stark besucht. Kollege Amann schilderte die Entstehung unserer Eingabe und den Verlauf der Verhandlungen mit dem Obermeister und wies darauf hin, daß, wenn es den Kollegen wirklich ernst mit der Beseitigung der angeführten Mißstände sei, sie vor allem für den Ausbau der Organisation Sorge tragen müßten. Denn nur, wenn die Meister sehen, daß die Gehilfen eine geschlossene Macht darstellen, werden sie sich zu tatsächlichen Reformen herbeilassen. In der Diskussion beschränkte sich der Altgenosse Schlumberger zunächst darüber, daß sich die Organisation an die Innung und nicht an ihn gewandt habe; er würde die Interessen der Gehilfen auf das nachdrücklichste vertreten haben. Auch fand es dieser sonderbare Gehilfenvertreter ganz am Platze, daß die Innung uns keine Antwort zukommen ließ. Wenn Schlumberger Obermeister wäre, dann hätte er jedenfalls unsere Vertreter beim Vortreffwerden hinausgeworfen. Kollege Zielberger wies unter stürmischem Beifall der Anwesenden darauf hin, daß Schlumberger in dieser Frage zum Vertreter der Gehilfen zu machen, nichts anderes hieße, als den Teufel beim Beelzebub verklagen; denn Schlumberger betreibe ja selbst das Geschäft der Stellenverpuppung. In der weiteren Diskussion wurde noch ein treffendes Beispiel, wie durch Schlumberger und Konforten die Gehilfeninteressen gewahrt werden, angeführt. Früher war es bei der Saarbrücker Innungsstrankenkasse Brauch, daß die im Spital befindlichen Mitglieder täglich noch einige Pfennige Unterstützung erhielten; nun wurde von Meisterseite aus beantragt, diese Unterstützung aufzuheben. Ein Teil der Meister, darunter der jetzige Obermeister, trat für Beibehaltung des alten Zustandes ein, unsere Gehilfenvertreter aber stimmten mit den Scharfmachern für die Beseitigung der Unterstützung!!! Und zwar, wie der damalige Wortführer der Gehilfenvertreter sich ausdrückte, deshalb, weil er auch schon einmal krank war und nichts bekommen habe, und deshalb brauchten die andern auch nichts! Als Kollege Amann im Schlußwort mit Schlumberger noch gehörig abrechnete und den Saarbrücker Kollegen zeigte, welchen Muster-Altgesellen sie besäßen, zog der würdige Kollege es vor, unter allgemeiner Heiterkeit der Anwesenden zu verbusen. Kollege Spiel schloß die sehr anregend verlaufene Versammlung mit der Mahnung, aus den Vorgängen, die jeder einzelne sehen miterlebt habe, die richtige Lehre zu ziehen und Mitglied der Organisation zu werden. Eine Anzahl Kollegen leisteten dieser Aufforderung sofort Folge. Soffentlich hält die in dieser Versammlung zutage getretene Stimmung unter den Saarbrücker Kollegen an, und dann wird und muß es auch in Saarabien wieder vorwärts gehen.

**Fabrikbranche.**

**Stettin.** Eine öffentliche Versammlung der Zuckerwarenbranche beschäftigte sich am 11. November mit dem Niesenfrest in der Dresdner Zuckerwarenindustrie und seiner Bedeutung für die gesamten Stettiner Berufsangehörigen. In fünfviertelstündiger Rede entwarf der Referent, ein hiesiger Kollege, ein anschauliches Bild von der Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen unseres Berufes und streifte die früheren Lohnbewegungen, die infolge mangelhafter Organisation an Zahl und Umfang äußerst bescheiden waren. Mit Spannung habe man nach der Verschmelzung die Entwicklung der Organisation in Dresden, unserm Hauptindustriestandort, verfolgt. Man war sich bewußt, daß dort der erste größere Zusammenstoß zwischen der Arbeiterschaft und dem Unternehmertum erfolgen, daß dort die erste Entscheidungsschlacht geschlagen werden würde. Nachdem Redner die in verschiedenen Städten (aber immer nur dort, wo eine Lohnbewegung vorbereitet wurde) erfolgten Teuerungszulagen als ein Angstprodukt, als einen Klotz vor der Macht der Organisation illustriert hatte, gab er ein Bild von dem Verlaufe und den Erfolgen des Kampfes in Dresden und schloß mit der Aufforderung, sich die Dresdner zum Vorbild zu nehmen. Hatte die Versammlung diese Ausführungen mit Interesse verfolgt, so steigerte sich die Aufmerksamkeit noch mehr, als eine Genossin das Wort ergriff und in ungemein temperamentvoller Rede das Bild von der Lage der Arbeiterinnen, auch der verheirateten, ergänzte. Fast vier Millionen Ehefrauen seien in Deutschland im Hauptberufe erwerbstätig; das beweise, daß die Hoffnung vieler junger Mädchen, es nicht nötig zu haben, sich zu organisieren, weil sie sich später verheiraten, nichts sei als ein schöner Traum, aus dem sie früher oder später mit rauher Hand gerissen werden. Als Miterntner der Familie müssen sie dann wiederum ihre Arbeitskraft verkaufen. Deshalb sei es notwendig, sich bei Zeiten durch die Organisation auskömmliche Löhne zu erkämpfen, mit denen man existieren könne; mit den gegenwärtig gezahlten Schundlöhnen sei das nicht möglich. Die Frau habe schwerere Pflichten als der Mann, aber nicht dessen Rechte. Deshalb müsse sie das einzige wertvolle auch ihr gewährte Recht, das Koalitionsrecht, restlos ausnützen. Rednerin schloß ihre wiederholt durch Beifall unterbrochene halbstündige Rede mit einem Appell an die Kolleginnen und Kollegen, nicht nur Mitglied der Organisation zu werden, sondern in ihr auch alle Pflichten zu erfüllen. Es war den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen, als der Versammlungsleiter der Genossin für ihre trefflichen Ausführungen dankte. Das Ergebnis der Versammlung waren mehrere Aufnahmen. Mögen unsere Mitglieder, besonders diejenigen, bei denen es nicht einmal dazu langt, alle vier Wochen einmal eine Versammlung zu besuchen, sich die vor trefflichen Ausführungen der Rednerin zu Herzen zu nehmen.

**Aus Unternehmerrreisen.**

**Bäckerei.**

**Wahlmache der Breslauer Bäckermeister.** Bei dem diesjährigen Bäckerstreik weigerte sich bekanntlich die Innung, mit den Vertretern des Verbandes zu verhandeln. Sie behauptete unter anderem vor dem Einigungsamt, nach dem Statut gezwungen zu sein, nur mit den gesetzlichen Gesellenvertretern, den Gesellenausschußmitgliedern, zu verhandeln. Am 26. Oktober ist der Gesellenausschuß neu gewählt worden; aber die Wahl mußte für ungültig erklärt werden, weil es dabei nicht richtig zugegangen ist. Damit nun bei der Neuwahl wieder „meistertreue“ Gesellen in den Ausschuß kommen, greift die Bäckereinnung zu den sonderbarsten Mitteln. Zuerst wurden tariftreue Bäckermeister mit einem Strafmandat bedacht, die angeblich ihre Gesellen nicht vom Arbeitsnachweis der Bäckereinnung bezogen haben. Da nur die 21 Jahre alten, bei Innungsmitgliedern beschäftigten Gesellen wahlberechtigt sind, glaubt man dadurch der Gesellenorganisation Abbruch zu tun.

Der neueste Streich, den die Bäckereinnung gegen unsere Organisation führt, übertrifft alles bisher Dagewesene. Mancher ostelbische Landrat dürfte die Breslauer Bäckereinnung ob ihrer Leistungen in der Wahlmache beneiden. Wenn es bisher noch Leute gab, die Anhänger des Kost- und Logiszwanges waren, so dürften sie eines Besseren belehrt werden durch das folgende Flugblatt an die Bäckermeister, dem man Stimmzettel für die Gesellen beilegte:

Geehrter Herr Kollege! Freitag, den 17. November, findet um 4 Uhr nachmittags, im St. Vincenzhause, (Seminarstraße) nochmals die Wahl von Mitgliedern des Gesellenausschusses der Innung statt, nachdem die erste Wahl wegen fortwährender Belästigung und Bedrohung des Wahlvorstandes für ungültig erklärt worden ist.

Während damals die Mitglieder des roten Gesellenverbandes alle pünktlich Mann für Mann vor Beginn der Wahl erschienen waren, haben über 120 von unsern wahlberechtigten Gesellen ihr Wahlrecht gar nicht ausgeübt, oder sind zu spät gekommen. Das darf bei der nächsten Wahl am Freitag nicht vorkommen. Es ist also bringende Pflicht eines jeden Meisters, mit seinen Gesellen zu sprechen und dafür zu sorgen, daß jeder Geselle

1. rechtzeitig zur Wahl geweckt wird;
2. pünktlich um 4 Uhr im St. Vincenzhause ist;
3. die richtigen Stimmzettel hat;
4. eine Bescheinigung, vom Meister unterschrieben, besitzt, daß er bei ihm arbeitet;
5. weiß, daß er beim ersten Wahlgang den Zettel Zimmermann-Jungnick und beim zweiten Wahlgang den Zettel Barth-Kruber abgibt;
6. bis zum Schluß beider Wahlgänge dableibt und sich vorher nicht entfernt.

Der rote Verband jubelt schon, daß er diesmal die meistertreuen Gesellen aus dem Gesellenausschuß herausdrängen wird. Zeigen wir nun, daß er zu früh gejubelt hat. Jeder Meister mache auch seine benachbarten Kollegen auf die hohe Wichtigkeit dieser Wahl aufmerksam. Stimmzettel und Bescheinigungen sind auf dem Innungsbureau, Oberstraße 24, zu haben.

Mit kollegialem Gruß

Der Innungsvorstand.

J. A.: G. Pruffog, Obermeister.

Die Innungsherren sind wirklich dreist und gottesfürchtig. Die erste Wahl ist, so behaupten sie, „wegen fortwährender Belästigung und Bedrohung des Wahlvorstandes“ für ungültig erklärt worden. Das ist nicht wahr! Der Wahlvorstand ist vielmehr selbst schuld, daß die Wahl für ungültig erklärt wurde. Er hat zum Beispiel „meistertreue“ Gesellen vier- bis fünfmal zur Wahl aufgerufen, worüber die Verbandsgegessen gewiß mit Recht empört waren. Als sich der Innungsvorstand keinen Rat wußte, ließ er einen Schutzmann holen. Und was tat dieser Polizeibeamte? Er gab dem schlauen Obermeister den Rat, die Wahl für ungültig zu erklären. Wir denken, das genügt. Ein Schutzmann mit seinem Kete bei der Gesellenausschuwahl! Das ist für den Innungsvorstand sicher sehr schmeichelhaft. Außerdem aber hat das schlechte Meisterblatt zugegeben, die Neuwahl war notwendig; denn sonst hätte sie die Aufsichtsbehörde angeordnet.

Zuletzt muß die Frage aufgeworfen werden: Was hat eigentlich die Innung mit dem Gesellenausschuß zu schaffen? Mit welchem Rechte kommt sie dazu, sich in die Angelegenheiten der Gesellen einzumischen? Würde sie es dulden, daß sich die Gesellen um die Vorstandswahl in der Innung kümmern, Flugblätter ausgeben und für die Wahl bestimmter Meister alle Hebel ansetzen? Dann würden die ehrfamen Bäderherren sicher über Terrorismus und Gewalttat der roten Brüder gar fürchterlich schreiben.

Am 16. November fand nun eine nochmalige Wahl statt. Auf Veranlassung der Bäckereinnung hatten sich zirkel zehn Schutzleute eingefunden, die die heiligen Räume des St. Vincenzhauses von innen und außen bewachten. Der Terrorismus der Innung auf die Gesellen wirkte natürlich nach Wunsch. Trotzdem unsere Mitglieder mit aller Energie gearbeitet hatten, unterlagen unsere Kandidaten mit 171 gegen 206 meistertreue Stimmen. Vor zwei Jahren betrug die Zahl der im ganzen abgegebenen Stimmen nur 160. Woher die Bäckereimeister — denn diese waren es ja, welche die Wahl machten — die vielen Stimmen hernahmen, das wissen die Götter zwar nicht, aber die organisierten Gesellen. Alles was sich aufstreiben ließ, erhielt eine Wahllegitimation, auch neunzehn- bis zwanzigjährige Gesellen waren im Besitze einer Wahllegitimation. Die Bäckermeister konnten ja jeden wählen lassen; denn eine Wählerliste, aus der man nachprüfen könnte, wurde nicht geführt. An der Hand der Wahllegitimationen konnte die Innung zwar genau feststellen, ob die organisierten Gesellen wahlberechtigt waren, aber die Innungswähler kann keiner nachprüfen. Ein von den organisierten Gesellen gestellter Antrag, eine Liste zu führen und für den Verband einen Listenfürher zuzulassen, wurde ganz einfach vom Obermeister Pruffog zurückgewiesen. Wenn die Bäder-

meister ein reines Gewissen gehabt hätten, so konnte ihnen eine Wählerliste nur recht sein. Für 4 Uhr nachmittags war die Wahl angesetzt. Auf Veranlassung der Bäckermeister waren die „meistertreuen“ Gesellen schon lange vor 4 Uhr im Wahllokal. Auf die Aufforderung der Innung hatte jeder Bäckermeister seine Gesellen geweckt und sie wurden wie die Schafe ins Vereinshaus getrieben. Aus Angst, jetzt vor Weihnachten seine Stelle zu verlieren, hat sich dann mancher Geselle vor der Gewalt der Innung gebeugt. Um 4 Uhr, also noch vor Beginn der Wahlhandlung, wurde die Tür zum Wahllokal geschlossen. Dieses Vorgehen ist selbstverständlich ungesetzlich. Als unerhört muß man es bezeichnen, daß der Obermeister Prussog, der selbst in den Wahlkampf eingegriffen und im Auftrage der Innung Flugblätter zugunsten der „meistertreuen“ Gesellen herausgegeben hat, noch die Stirn besaß, zu erklären, daß er die Wahl „unparteiisch“ leiten werde. Nachdem die Wahl schon einmal für ungültig erklärt werden mußte, weil der Obermeister Prussog als Wahlleiter Unregelmäßigkeiten zuließ, durfte man erwarten, daß die Aufsichtsbehörde einen Vertreter zur Leitung der Wahl beordern würde.

Selbstverständlich ist gegen diese Wahl Protest eingelegt worden. Die Aufsichtsbehörde hat jetzt die beste Gelegenheit, den Herren vom Waktrog die Gesetzesbestimmungen klar zu machen.

Nach all diesen Vorgängen wird die Aufsichtsbehörde gar nicht anders können, als die Wahl für ungültig zu erklären.

Erwähnen wollen wir noch, was die Bäckermeisterzeitung zu ihrem „Sieg“ schreibt. Es heißt da u. a.: „Niedergedrückt liegen die Noten am Boden und rein und ehrenhaft weht die Fahne der handwerkstreuen Bäcker-Gesellen Breslaus über dem ehrbaren Bäckerhandwerk.“ — Ja, diese ehrfamen Innungsherren! Aber ein Vergleich der Stimmen, die unsere Kandidaten vor zwei Jahren und heute erhielten, beweist am besten, daß die Stunde der Innungsallmacht bald geschlagen hat.

Unsere Breslauer Kollegen haben durchaus keine Ursache, über den Ausgang der Wahl etwa traurig zu sein; denn unser Stimmengewinn bedeutet einen großartigen Erfolg; bei unermüdlicher Agitation ist hier recht bald noch mancher Kollege für unsere Sache zu gewinnen. Daß die gemeinsten und niederträchtigsten Mittel gegen uns angewandt wurden, muß ein Ansporn für unsere Kollegen sein, noch intensiver für die Ausbreitung unserer Ideen zu agitieren. Da die Aufsichtsbehörde nicht wird umhinkönnen, diese „meistertreue“ Wahl für ungültig zu erklären, so gilt es schon heute, sich darauf vorzubereiten, daß der letzte Mann an die Wahlurne gebracht wird. Wer mithelfen will, daß die Breslauer Bäcker-Gesellen endlich von der innungsfräuterlichen Knechtschaft befreit werden, der sehe alles ein, daß bei dem nächsten Wahlgang der Sieg auf unserer Seite ist!

**Aus der Bäckerinnung zu Hannover.** In Hannover ist der Redakteur der Innungszeitung, Herr Müller, nach Unterschlagung bedeutender Summen, die Höhe derselben verschweigt die Innung ganz verschämt, auf Reisen gegangen. Daß ein Mensch, wie dieser Müller, der schon achtzehnmal vorbestraft ist, überhaupt Redakteur werden konnte, war auch nur in Hannover möglich, und dieser Mensch hat den Bäcker-Gesellen drei Jahre lang Moral gepredigt. Man kann mit den hannoverschen Bäckermeistern wirklich nur Mitleid haben; die Maßnahmen ihres Vorstandes sind für die Innung geradezu blamabel. Zunächst mußte man, um auf alle Fälle der Agitation der „Noten“ auf der Herberge Einhalt zu gebieten, unbedingt ein Innungshaus bauen. Jetzt, wo das Ding fertig ist, kann es schon nicht mehr leben und sterben. Hätte man nicht die ganzen Räumlichkeiten an Butter-, Zucker-, Düten- und diverse andere Händler vermietet, so hätte man jedenfalls die bestehenden finanziellen Schwierigkeiten nicht ausgehalten. Dabei sind die Einrichtungen, die dem „Wohle“ der Gesellen dienen sollen, aber etwas Geld kosten, z. B. Arbeitsnachweis, Fremdenzimmer, so erbärmlich primitiv, daß es einen Hund jammern möchte. Die Folgen der Errichtung dieses „Frachtbaues“ machen sich aber schon in anderer Weise bemerkbar. Die Wirtevereine haben beschlossen, da die Bäckerinnung aus ihrem Innungshaus ein reines Geschäftshaus gemacht hat, als Antwort eine eigene Bäckerei zu bauen. Dieses wird bei den 1600 Mitgliedern der Wirtevereine jedenfalls ein recht ansehnlicher Betrieb. Dazu kommt noch, daß im letzten Vierteljahr zwei Innungsmeister Brotfabriken errichteten, welche beide sehr gut florieren, weil man sofort mit unserer Organisation einen Tarif abschloß. Die eine beschäftigt bereits acht, die andere 13 Personen. Weiter werden in nächster Zeit zwei neue Konsumvereinsbäckereien gebaut. Für die Lage des Gewerbes ist weiter zu beachten, daß die hannoverschen Kaufleute seit Jahren den Vertrieb von Brot in Händen hatten, und um dies zu beseitigen, haben die Bäckermeister den Unfirt begangen, den Verkauf von *R o l l e n* i a l w a r e n in den Bäckereiläden einzuführen, so daß die Läden dem reinsten Trödelergeschäft gleichen. Die Kaufleute schweigen natürlich nicht still, sondern planen nunmehr die Errichtung einer eigenen Bäckerei! Das sind so die Errungen-schaften der Handwerkskammer der Herren Häufelmaier und Rentiers aus dem Innungsvorstand. Erklärlicher-weise geht da der Heitegeier um und hat sich als ersten unsern alten „Freund“ Franz Bassilli geholt; weitere folgen zweifellos nach.

**Großer Jammer im Berliner Innungslager.** Ueber der neugegründeten Zwangsinnung in Berlin scheint ein Unstern zu walten; sie ist vor nunmehr fast vier Monaten errichtet worden und hat bis heute noch nicht ihre Statuten genehmigt erhalten. Man hatte schon vorzeitig damit begonnen, sie in der Innungspressen zu veröffentlichen und mußte dann wieder abstoppen. Wie kann man denn aber die Herren Schmidt, Willerville usw. nur so kränken, das schadet sicher ihrem Embonpoint, zumal sie die unumgänglichen laufenden Geschäfte der in der Luft schwebenden Organisation gegenwärtig unentgeltlich erfüllen müssen; denn die neue Innung darf, weil eben die Statuten noch nicht da sind, keine Beiträge erheben, und die alte besteht ja nicht mehr. Warum versagt die Behörde den Statuten die Ge-

nehmigung? Im Innungsorgan versucht man zwar, die Ursache hauptsächlich auf eine Bummelerei im Polizeipräsidium zurückzuführen, muß aber wohl oder übel doch eingestehen, daß auch große materielle Bedenken gegen die Anerkennung vorlagen. Es heißt im Innungsorgan nämlich: „Unter anderem erschienen dem Polizeipräsidium die Remunerationen des Vorstandes zu hoch.“ Die Bescheidenheit der Herren Innungsführer in der Schätzung ihrer Arbeitskraft war der Behörde also doch etwas zu hahnbüchchen, und deshalb gingen, wie weiter kleinlaut ausgegeben wird, „die Vorstände auf eine Minderung ihrer Gehälter ein“.

Ja, ja, die Begehrlichkeit der Arbeiter! Auch gegen den obligatorischen Innungsarbeitsnachweis hat das Polizeipräsidium Bedenken erhoben und erst in Hamburg und in anderen Städten Erfindungen eingegossen. Es wäre Pflicht des Präsidiums, daß es sich in diesen Fragen nicht nur an die Innungen, sondern vor allem an die Organisation der Gesellen gewendet und deren Meinung gehört hätte; aber zu dieser Einsicht langt es „oben“ leider noch immer nicht. Hoffen wir jedoch, daß man wenigstens nicht jedem Verlangen der Innungsscharfmacher Rechnung trägt und lieber die Herren noch einige Monate länger mit ihrem Statut auf dem trocknen sitzen läßt.

— Wie die neuesten Innungsorgane melden, ist es dem „ganz energiegelassen Drängen... besonders des Obermeisters Fritz Schmidt“ zu danken, daß die Genehmigung der Statuten nunmehr vorliegt. Jetzt geht's also wieder fürs Geld!

## Konditorei.

**Der Kapitalismus im Konditoreibetriebe.** Die Hofkonditorei von Krasler in Berlin ist kürzlich an eine Betriebs-gesellschaft verpachtet worden und zwar auf die Dauer von 20 Jahren mit einer jährlichen Pacht von M. 85 000. Der Betriebsgesellschaft steht außerdem innerhalb 5½ Jahren das Vorkaufsrecht auf das 20 Quadratruten große Grundstück zum Preise von 2 Millionen Mark zu und obendrein zahlte sie nicht weniger als M. 100 000 für die Erlaubnis, daß das Unternehmen noch weiter unter der früheren Firma geführt werden darf! Solche Summen müssen also aus einem derartigen Geschäft herausgewirtschaftet werden, und die dort arbeitenden Gehilfen sind nicht die letzten, welche dafür Opfer bringen müssen. Allerdings nur deshalb, weil sie zu eingebildet und somit zu kurzichtig sind, als daß sie den Weg zu einer Organisation finden könnten, die ihnen eine angemessene Bezahlung ihrer Arbeitskraft verschaffen würde. Gegenwärtig lassen sich die dort im tiefen Keller schuftenden „Herren“ zum Teil noch mit einem monatlichen Salär von M. 45 und 50 abfinden und sind zufrieden, daß man ihnen als Wohnung ganz erbärmliche Dachkammern anweist.

**Die Verwandtschaft der Bäcker und Konditoren,** das heißt, die Frage, wie eng oder weit ihre Gewatterschaft ist, läßt beide Teile nicht schlafen und je größer die gegenseitige Konkurrenz in geschäftlicher Beziehung ist, um so erbitterter wird um sie gestritten. Zur großen Freude der selbständigen Herren Konditoren soll nun die Regierung sich auf den Standpunkt stellen, daß beide Gewerbe nicht miteinander verwandt sind, Süß Heil! Die „Konditorei“ berichtet entzückt:

In Sachen der geplanten Eingabe des Bäckerverbandes Germania betreffs Regulierung der Frage, ob Konditorei und Bäckerei als ungetrenntlich verwandte Gewerbe zu betrachten sind, hatte der Vorsitzende des V. D. K. - Z. kurz vor Schluß dieser Nummer eine Konferenz im Reichsamt des Innern. Zu seiner und wohl unser aller Freude wurde ihm die vertrauliche Mitteilung gemacht, daß die Regierung, wenn obige Eingabe tatsächlich noch in dieser Session dem Reichstag vorläge, ganz auf unserer Seite stünde, das heißt also, beide Gewerbe als nicht verwandt betrachtet. — Unsere Freude über diesen so überaus günstigen Bescheid, der großes Wohlwollen seitens der Regierung für uns in sich birgt, welches wir wohl zu schätzen wissen, glaubten wir nicht unsern Kollegen im Verbandsverbande vorenthalten zu dürfen.

Das Vergnügen über die vertrauliche Mitteilung der Regierung ist also so groß, daß sie gleich in die Zeitung hineinkommt. Man muß doch einem Vertrauen gerecht werden!

## Aus gegnerischen Organisationen.

**Die undankbaren Gelben.** Die Geburtshelferdienste, die Herr Wilhelm Hartmann in Berlin seinerzeit der gelben Gesellschaft leistete, sind auch heute noch nicht bezahlt und man kann es ihm wirklich nicht verdenken, wenn er ab und zu dem undankbaren Kinde zur Erinnerung eins überzieht, wenn es ihm in den Weg kommt. So auch jetzt wieder. Zu der Tagung der nationalen Arbeiterverbände am 5. und 6. November in Berlin hatte man Hartmann „in Anbetracht seiner Verdienste und Bestrebungen um die Gründung und Entwicklung des handwerkstreuen Bundes der Bäcker-Gesellen Deutschlands“ eine Ehrenkarte zugestellt, auf deren Benutzung er jedoch — wie er selber schreibt — „mit Rücksicht auf die Erfahrungen und Behandlung, welche ihm trotz seines diesbezüglichen Eintretens von entsprechender Seite geworden ist“, verzichtete!

Das ist eine höfliche Umschreibung des bekannten Wortes des Ritters Götz v. Berlichingen; aber trotzdem glauben wir kaum, daß die Gelben daran denken, dem Herrn Hartmann die gehabten Auslagen zu ersetzen.

**Die Epidemie der „Gehilfentage“ für Konditoren** ist noch nicht im Abnehmen begriffen. Am 5. November fand wieder ein solcher in Dortmund statt, der einen engeren Zusammenschluß der westfälischen Vereine bringen sollte. Große Mühe gab sich wieder der anwesende Vorsitzende des Halleischen Verbandes, die Vereine zum Anschluß an die „Nationaldeutschen“ zu bewegen. Es gelang ihm aber nur, eine Sympathieresolution für seinen Verband durchzubringen, in der es heißt, daß der Anschluß empfohlen werden kann.

Wir finden, daß die in unserer Verbandsorganisationen Kollegen jener Gegend solchen Tagungen und Bestrebungen der Konditoren zu wenig Beachtung schenken; es ist unbedingt notwendig, daß bei solchen Gelegenheiten auch

der Standpunkt unserer Organisation klarzulegen versucht wird. Wenn die Köpfe der Konditorgehilfen den Ideen der modernen Arbeiterbewegung heute noch sehr schwer zugänglich sind, so darf erst recht keine Gelegenheit veräußert werden, etwas Licht in das Dunkel zu bringen!

**Einen Agitationsvorstoß versuchten die Christen in Weiden i. d. Oberpfalz.** Sie hatten für den 16. November nach dem hiesigen Hotel „Anker“ eine öffentliche Bäckergehilfenversammlung einberufen. Trotzdem schon zum dritten Male der Angriff gemacht wurde, die Weidener Kollegen wollten nichts wissen von den christlichen Brüdern. Die anwesenden Kollegen gehörten unserm Verbands an bis auf einen, der noch unorganisiert war, und bis auf den christlichen Einberufer. Als Referent war Konrad aus Ingolstadt erschienen, auch der Arbeitersekretär Schwarz aus Weiden kam, um gleich ganze Arbeit zu machen. Als Konrad zu sprechen begann, merkte er bald, daß keine „Gehilfen“ vorhanden waren. Was er in seinem Referat vorbrachte, war aber so allgemein gehalten, daß man es zum Teil unterschreiben kann. Unbequem wurde es ihm aber, als Kollege Gumpendobler die Anfrage an ihn richtete, wie es mit der Tarifbewegung im Seidl-Betrieb in Augsburg stehe. Wie ein Schlange suchte sich nun dieser Arbeitervertreter aus seiner unangenehmen Lage zu befreien, und trotzdem man in Passau den Mund so voll genommen hatte, konnte man in Weiden nicht die genügende Aufklärung geben. „Mit solchen Mitteln kann man in Weiden nicht arbeiten!“ meinte darauf Herr Schwarz. „Die Arbeiterschaft ist hier zum größten Teil christlich organisiert, und wenn wir die Bäcker nicht organisieren können, so bringen es die Noten erst recht nicht fertig!“ Auf einen Zwischenruf „Warum?“ blieb er aber die Antwort schuldig.

Mögen sich die Worte des Herrn Schwarz in bezug auf die Aussichten der Christen erfüllen. Wenn unsere Kollegen ihre Pflicht tun, dann werden wir bald die Kollegen in unsern Reihen finden. Der Anfang, und zwar kein schlechter, ist gemacht trotz der Drohung des Herrn Schwarz.

## Polizei und Gerichte.

**Die Prüßelzene in der Leipziger Bäckerinnungs-versammlung vor Gericht.** Zur Zeit des Leipziger Bäckerstreiks tagte am 12. Juni d. J. in „Stadt Nürnberg“ eine Versammlung der Bäckerinnung, die von etwa 500 Personen besucht war. In dieser Versammlung nahmen auch die Bäckermeister Nchmann und Hartung aus Connewitz teil, die die Forderungen der Gehilfen bewilligt und sich dadurch den Zorn der Innungsscharfmacher zugezogen hatten. Während der Verhandlungen machte sich Hartung Notizen, und der Bäckermeister Garnisch-Gaushäufel rief: „Hier werden die Berichte der „Volkszeitung“ gemacht!“ Der Bäckermeister Steckmesser schrie: „Es ist einer da, der nicht Innungsmitglied ist!“ Dieser Ruf bezog sich auf Hartung, der als Vertreter seiner Frau erschienen war. Hierauf versuchte man, Hartung seine Notizen zu entreißen und etwa 20 bis 30 Mann fielen über ihn her; er wurde zu Boden geworfen, mit Fäusten geschlagen und mit Füßen getreten. Durch das Dazwischentreten der Vorstandsmitglieder Heinrich und Riedel wurde Hartung alsdann wieder aus seiner schlimmen Lage befreit.

Während des Tumults war Nchmann zum Saale hinausgelaufen, um einen Schutzmann herbeizuholen. Er wurde jedoch von mehreren Personen verfolgt, im Vorraum vom Bäckermeister Kleeberg aus Gohlis festgehalten und von diesem und andern ins Gesicht geschlagen. Kleeberg sagte: „Sie bleiben hier!“ Es gelang Nchmann jedoch, sich loszureißen und einen Schutzmann zu benachrichtigen. Dem Beamten wurde jedoch vom Wirte mitgeteilt, „daß die Sache bereits erledigt“ sei. Nchmann ging nun in den Saal zurück, um seinen Hut zu holen. Da wurde er von einigen Anwesenden an den Vorstandsstuhl gezogen, 20 bis 30 der Innungsgelben fielen über ihn her, schlugen ihn mit Stöcken ins Gesicht, traten ihm in die Knie, warfen ihn zu Boden, schlugen roh auf ihn ein und traten ihn noch mit den Füßen. Die Vorstandsmitglieder Heinrich und Riedel traten auch hier wieder dazwischen. Der Bäckermeister Wäwinkel, Schützenstraße, schrie: „Der bleibt hier!“ In der Tat wurde Nchmann nicht fortgelassen. Der Innungssekretär Schmidt sagte: „Das ist auch einer von denen, die zuerst bewilligt haben; das schadet ihm gar nichts, der muß noch viel mehr freigen!“ Nchmann wurde erst nach einer Viertelstunde freigelassen, da er sich sehr elend fühlte.

Diese Roheitsakte fanden jetzt ihr Nachspiel vor Gericht. Der gemeinschaftlichen Körperverletzung waren angeklagt der Bäckermeister Kleeberg und der Kaufmann Kroll. Der letztere ist nur durch einen Zufall der Teilnahme verdächtig geworden. Er befand sich nämlich gerade im Vorraum des Saales, als Nchmann von Kleeberg und andern mißhandelt wurde. Er wurde freigesprochen, während Kleeberg zu M. 50 Geldstrafe, unter Annahme mildernder Umstände, verurteilt wurde. Nchmann gab zu, daß die Schläge, die er außerhalb des Saales erhalten hat, nicht so schlimm gewesen waren wie die späteren Mißhandlungen im Saale, insofern deren er zwei Tage das Bett hüten mußte. Leider scheinen die Hauptrohlinge unbestraft davonzukommen, da weder Hartung noch Nchmann in der Lage sind, bestimmte Angaben über die Täter zu machen. Kleeberg gebrauchte die einfältige Ausrede, er habe geglaubt, Nchmann habe sich den Tumult während der Mißhandlung Hartungs zunutze gemacht, um vielleicht eine Uhr oder ein Portemonnaie zu stehlen; deshalb nur habe er Nchmann verfolgt. Er will Nchmann auch nicht erkannt haben, obwohl dieser früher bei ihm zehn Wochen lang als Geselle gearbeitet hat. Dann versuchte Kleeberg, den Nchmann zu diskreditieren: Nchmann habe sich an ihm vergreifen und in einer Bäckermeisterversammlung bewußt unwahre Behauptungen aufgestellt. Nchmann erklärte dazu unter seinem Eide, daß er wegen einer Lohnforderung mit Kleeberg in Differenzen gekommen und daß Kleeberg ihn geschlagen habe; erst hierauf habe er sich zur Wehr gesetzt und habe Kleeberg zu Boden geworfen. Auf dem Gewerbegericht habe Kleeberg ihm M. 750 zahlen müssen. In einer Versammlung der Connewitzer Bäckermeister habe er allerdings behauptet, daß Bäckermeister Grube das Stellen-baden billiger besorge als die Konvention der Bäcker-

meister vorschreibt; nachdem jedoch Grube versichert hatte, das sei nicht der Fall, habe er seine Behauptung zurückgenommen. Nun wurde noch ein früherer Meister Njhmans, Herr Schulz, mobil gemacht, bei dem sich Njhmans rüppelhaft geföhrt haben sollte. Aber Herr Schulz konnte nur sagen, daß Njhmans ein tüchtiger Arbeiter gewesen sei und bei ihm dreieinhalb Jahre lang gearbeitet hat.

Die Verhandlung endete, wie erwähnt, mit der Verurteilung Hebergs zu M 50 Geldstrafe. Die Hauptrollen sind bisher leider nicht entdeckt worden.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

**Zur Tabakarbeiterausperrung.** Immer deutlicher tritt zutage, daß der Westfälische Zigarrenfabrikantenverband nicht allein auf das eine Ziel lossteuert, die Tabakarbeiterorganisationen zu schwächen, um auf viele Jahre hinaus die bis jetzt betriebene uneingeschränkte Ausbeutung der Tabakarbeiter uneingeschränkt weiter betreiben zu können, sondern sein Streben scheint auch darauf gerichtet zu sein, die Produktion an Zigarren stark zu unterbinden, um die Zigarrenabnehmer, Wiederverkäufer und Konsumenten gründlich übers Ohr hauen zu können. Ein Teil der westfälischen Zigarrenfabrikanten, der mit Zigarren versehen war und nur verhältnismäßig wenige organisierte Arbeiter beschäftigte, zettelte die letzte Ausperrung an und sucht sie weiter zu führen. Sie sind es auch, die vorläufig zu keinem Frieden geneigt sind. Besondere Freude empfindet diese Unternehmergruppe darüber, daß die Hamburger und Bremer Zigarrenfabrikanten, die von der Ausperrung stark betroffen sind, mitmachen und nicht in der Lage sind, die Situation für sich auszunutzen. Sie sind an die Satzungen und Beschlüsse des Westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes gebunden und daher dazu verdammt, schwere geschäftliche und materielle Opfer zu bringen.

Neuerdings versuchen die westfälischen Zigarrenfabrikanten auch ihre nichtorganisierten Kollegen zu bewegen, ebenfalls auszusperrern. Diese Bemühungen werden ohne Erfolg bleiben.

Die durch die Ausperrung hervorgerufene Unterbindung der Produktion beläuft sich jetzt schon auf 65 000 Mille Zigarren in mittlerer und besserer Preislage. Circa 5200 Doppelzentner Tabak blieben un verarbeitet. Der wirtschaftliche Schaden infolge der Ausperrung ist also ganz ungeheuer.

Die Geschlossenheit der Mitglieder der ausperrenden Unternehmerverbände gerät ins Wanken. Sie sehen sich jetzt schon genötigt, eine Anzahl Fabrikanten von den Satzungen und Beschlüssen zu entbinden, geben sie also frei, um sich mit ihren Arbeitern zu verständigen. Andere Zigarrenfabrikanten laufen unruhig in ihren leeren Betrieben herum und sehnen den Moment herbei, wo der Friede im Gewerbe Einzug halten kann.

Die Ausgesperrten verweigern die Aufnahme der Arbeit in den freigegebenen Betrieben; sie vertreten den Standpunkt, daß eine zufriedenstellende Einigung nur zustande kommen kann, wenn diese mit allen Firmen zugleich hergestellt wird. Die Haltung der Ausgesperrten ist musterhaft und läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß sie in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe, gestützt auf die Arbeiterschaft Deutschlands, bis zum Ende ausharren werden.

**Mühlenerbeiterstreik.** In der Hafemühle, Inhaber Gebr. Hildebrand, in Magdeburg, haben 85 Personen die Arbeit niedergelegt. Stehen geblieben sind noch nicht ein halbes Duzend. Die Arbeiter verlangen höhere Löhne. Die Betriebsleitung, die schon Zugeständnisse gemacht hatte, zog einen erheblichen Teil derselben wieder zurück. Nebenbei sträubt sie sich auch, die Organisation der Arbeiter anzuerkennen. Das konnten sich die Arbeiter nicht bieten lassen und legten deshalb die Arbeit nieder. Zugug ist fernzuhalten.

**Allgemeiner Streik in der Berliner Damenkonfektion.** Die Zwischenmeister, Arbeitnehmer und Heimarbeiterinnen der Berliner Damenkonfektion haben am Mittwoch in einer gemeinsamen, überfüllten Versammlung einstimmig beschlossen, die Arbeit sofort niederzulegen. Sie fordern von den Konfektionären den Abschluß eines Tarifvertrages und haben hierzu eine Vorlage ausgearbeitet, in der sowohl die Preise, die der Konfektionär zu zahlen hat, wie die, die die Heimarbeiterinnen erhalten sollen, für die einzelnen Stücke festgelegt sind und in der ebenso die Regelung der Bezahlung für die Extrarbeiten vorgeesehen ist. Aber die Konfektionäre und ihre Organisation, der Verband der Damen- und Mädchenmanteelfabrikanten, erklärten die tarifliche Regelung in der Damenkonfektion für technisch unmöglich; sie wollen, wie in einem Schreiben des Verbandes, datiert vom 19. November, ausgeführt wird, bereit sein, „in bindender Form“ die Löhne in der Heimarbeit aufzubessern, „wenn und soweit es möglich ist“, lehnten aber jegliche Verhandlung über einen Tarif ab. Die Meister wie die gesamte Arbeiterschaft der Damenkonfektion sind der Ueberzeugung, daß eine wirkliche und dauernde Aufbesserung der Löhne „in bindender Form“ eben nur auf dem Wege des Tarifes zu erreichen ist und sehen in dem Angebot der Konfektionäre nichts anderes als einen Versuch, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Auch in der Damenkonfektion ist ein Tarif möglich; denn in den andern Branchen des Schneidergewerbes und selbst in der Damenkostümbbranche bestehen Tarife, die meist schon seit Jahren durchgeführt sind.

Die vereinigten Kommissionen der Zwischenmeister, die im Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe organisiert sind, und des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen sowie des Gewerkschafts der Heimarbeiterinnen hatten zunächst vorgeschlagen, nur die Anfertigung der Muster zu verweigern; aber die Versammlung ging darüber hinaus und beschloß, alle Arbeit in der Damenkonfektion (die übrigens mit der Blusenkonfektion nicht zu verwechseln ist), niederzulegen. Auch die sogenannte Musterkonfektion sowie die Ateliers der Damenkonfektion sind von dem Streik betroffen. Den Konfektionären ist mitgeteilt, daß man auf Arbeitnehmerseite

nach wie vor bereit ist, auf der Grundlage des Tarifentwurfs zu verhandeln.

Wie viele Personen am Streik beteiligt sind, läßt sich vorläufig noch nicht feststellen. Allerdings gibt der Bericht der Handelskammer die Zahl der in der Damenkonfektion Berlin beschäftigten Personen auf 52 000 an. Diese Zahl kann jedoch nicht als maßgebend angesehen werden. Es ist in Betracht zu ziehen, daß gegenwärtig die stille Zeit ist und hauptsächlich nur die Leute gebraucht werden, die die Muster anfertigen.

**Der Verband der Hausangestellten, jene jüngste gewerkschaftliche Organisation unserer Richtung, blickt mit Ende des Jahres 1910 auf eine eindreivierteljährige Tätigkeit zurück. Aus dem für diese Zeit herausgegebenen Bericht geht hervor, daß der genannte Verband nach besten Kräften die Agitation unter den Hausangestellten betrieben hat. Hindernisse in der Agitationsarbeit stellen sich ihm natürlich sehr zahlreich entgegen. Mit der Gründung dieses Verbandes setzten auch konfessionelle und bürgerliche Dienstboten- und Hausfrauenvereine mit besonders eifriger Tätigkeit ein. Besondere Schwierigkeit erwächst der Organisationsarbeit aber durch die Einzelstellung der Hausangestellten; hier kommen nicht wie bei andern Organisationen Betriebe in Frage, sondern jedes Mitglied muß einzeln gewonnen werden. Dazu kommt der häufige Personentwandel in der Leitung der Ortsgruppen, der direkt schädigend auf die Organisation wirkt. Wenn unter solchen schwierigen Organisationsverhältnissen — zu denen sich noch manche andere gesellen — der Verband im Laufe seiner eindreivierteljährigen Tätigkeit es auf 4873 Mitglieder gebracht hat, so ist das immerhin ein befriedigendes Ergebnis.**

Kann diese Organisation sich auch der sonst bei unsern Gewerkschaften üblichen Mittel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht bedienen, so war sie doch durchaus regsam, um die wirtschaftlichen Interessen der Dienstboten in mancher andern Weise zu wahren. Zur Reichsversicherungsordnung wurde eine Petition an den Reichstag gesandt, in der auf die Mängel hingewiesen wurde, die zum Schaden der Hausangestellten Gesetz werden sollten. Mit dem Inkrafttreten des neuen Stellenvermittlungsgesetzes haben auf Aufforderung der Behörden hin viele Ortsgruppen des Verbandes bei der Festsetzung der für die gewerkschaftlichen Stellenvermittler gültigen Gebührentage ihre Vorschläge eingereicht. Und durch die vom Verband eingerichteten Stellennachweise werden die Herrschaften verpflichtet, den vermittelten Dienstboten die vom Verband festgesetzten Arbeitsbedingungen zu gewähren.

Vom April dieses Jahres ab trat die im Verband eingerichtete Krankenunterstützung in Kraft; zum Bezug dieser Unterstützung ist eine einjährige Mitgliedschaft erforderlich. An Krankenunterstützung wurden in dem Dreivierteljahr M 1857,50 gewährt. Auch die Gewährung des freien Rechtsschutzes wurde von den Mitgliedern vielfach in Anspruch genommen. Eine größere Anzahl Flugblätter und das vierzehntägig erscheinende Verbandsorgan sorgten für Aufklärung und Bildung und vertraten die Interessen der Hausangestellten.

So hat der Verband der Hausangestellten die ersten gewerkschaftlichen organisatorischen Ansätze für eine noch allgemein unter sehr schlechten Bedingungen arbeitenden Arbeiterkategorie geschaffen. Manche andere unserer Gewerkschaftsorganisationen mußte unter so mühseliger Arbeit seine Werbearbeit beginnen und sieht heute auf respektable Erfolge zurück. Auch den Hausangestellten wird das gelingen, wenn in ihren Kreisen selbst der Gedanke des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses weiteren Eingang findet und wenn der Verband der Hausangestellten durch die andern Gewerkschaften, durch unsere Genossen und Genossinnen tatkräftige Unterstützung erfährt.

**Auch unsere weiblichen Mitglieder müssen in ihren Bekanntenkreisen für die Stärkung der Hausangestelltenorganisation wirken!**

**Allgemeine Rundschau.**

**Niedrige Ernte — gesteigerte Ausfuhr.** Deutschlands Zuckerverproduktion blieb bekanntlich im laufenden Jahre infolge einer sehr schlechten Rübenernte weit hinter der Erzeugung der Vorjahre zurück. Sie wird auf rund 27 Millionen Zentner geschätzt gegen rund 51 Millionen Zentner im Vorjahre. Für ganz Europa rechnet man mit einer Minderproduktion von fast zwei Millionen Tonnen. Ausland allerdings hat eine sehr gute Ernte, die dortigen Zuckerrindustriellen richten sich auf eine wesentlich gesteigerte Ausfuhr ein. Den Produktionsausfall haben die Spekulanten schon zu einer ausgemachten Preishausse benutzt. In Magdeburg kostete ein Doppelzentner Raffinade I. (Brot) im Januar d. J. M 37,75, im September M 53,75 und im Oktober M 57,13. Das ist eine Preissteigerung um beinahe M 20 = 51 pzt. Anscheinend aber will die Hauspekulation die Preise noch weiter in die Höhe treiben, indem man durch Steigerung der Ausfuhr den Inlandsmarkt entblößt. Während im vergangenen Jahre, bei der großen Ernte, in der Zeit von Januar bis Oktober nur 4887 915 Doppelzentner ausgeführt worden sind, stellt sich der Zuckereport für die gleiche Zeit des laufenden Jahres bereits auf 8 142 661 Doppelzentner. Mit solchem Treiben wird dem Volke die Ernährung immer mehr erschwert; aber das gehört zu unserm „bemährten Wirtschaftssystem“, für dessen Erhaltung Bethmann-Hollweg die Landräte mobilisiert. Gegen die Jobber- und Wucherpolitik muß das Volk am 12. Januar 1912 sozialdemokratisch wählen! — d. —

**Die Zuckervererte gab infolge der Dürre des Sommers nur zu geringen Hoffnungen Anlaß. Wenn die Angaben, die ein Fachmann jetzt im „Berliner Tageblatt“ machte, in allen Teilen zutreffen, so haben wir sogar mit der Laftache einer äußerst schlechten Ernte zu rechnen. Er schreibt: „Eine große Anzahl unserer Zuckerrindustriellen hat in diesem Jahre schon jetzt wieder ihre Tore geschlossen, nachdem sie in wenigen Wochen, zum Teil in einigen Tagen das vom Areal ihrer Aktionäre geerntete, ganz minimale Rübengquantum verarbeitet haben; ein trauriges Zeichen für die ganz trostlosen Erntergebnisse in Zuckerrüben. Am schlechtesten fallen die Ertragnisse in Mitteldeutschland, unsern eigentlichen Zucker-**

rübengzentrum, der Provinz Sachsen, den Herzogtümern Anhalt und Braunschweig, aus. In Gegenden, in denen man in normalen Jahren mit Ernten von 180 bis 200 Zentner pro Morgen rechnet, muß man in diesem Jahre mit solchen von 10 bis 80 Zentner zufrieden sein. Dazu kommt, daß das zur Verarbeitung gelangende Rübennmaterial mit Nichtzucker derartig überhäuft ist und derartig dunkle Säfte ergibt, daß die Gewinnung einwandfreien Rohzuckers nur mit den allergrößten Schwierigkeiten möglich ist. Folgende Verarbeitungszahlen einzelner Fabriken Mitteldeutschlands sprechen am besten für die traurigen Ernten:

1911	1910
70 260 gegen	301 600 Zentner Rüben
227 000	837 000
209 000	710 000
167 000	820 000
59 000	516 000
101 000	397 900
208 320	714 952
242 500	768 000
161 000	651 084
129 000	727 602
170 725	732 000
135 600	785 000
121 000	652 500
97 700	463 000

Berücksichtigt man neben diesen geringen Rübenernten noch die niedrigen Zuckerausbeuten Mitteldeutschlands, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß diese Mifernten durch die Mittelerten einiger anderer Bezirke nur soweit ausgeglichen werden, daß sich die Hälfte der vorjährigen Zuckerverzeugung Deutschlands von 52 000 000 Zentnern, also zirka 26 000 000 Zentner ergibt, und daß die von der internationalen Vereinigung auf zirka 28 000 000 Zentner berechnete Rohzuckerernte Deutschlands für 1911 wohl etwas zu hoch geschätzt sein dürfte.

Die Zuckerrindustriellen malen allerdings jetzt gern grau in grau, um die Produktionsmengen noch geringer erscheinen zu lassen, als sie wirklich sind; aber immerhin muß mit großer Zuckerknappheit gerechnet werden, und wird diese Marktlage nicht ohne Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen bleiben. Was die Fabrikanten beim Zucker zulegen müssen, versucht man erfahrungsgemäß bei den Arbeitslöhnen wieder herauszuschinden. Deshalb heißt es gegenwärtig erbt recht, die Organisation zu stärken, damit diese allen solchen Veruchen sofort entgegenzutreten kann. Die Nachteile etwaiger Arbeitslosigkeit mildert man am sichersten, wenn man seine Pflichten gegenüber der Organisation erfüllt.

**Genossenschaftliches.**

**Genossenschaftliche Produktion in Großbritannien.** Interessante Ausführungen über die genossenschaftliche Produktion machte kürzlich einer der Führer der schottischen Konsumvereinsbewegung. Er behandelte zunächst die vielen Hunderte von Gründungen von Produktivgenossenschaften, von denen mindestens 80 bis 90 pzt. elend Schiffbruch gelitten haben, so daß ihren einzigen Erfolg die dabei gesammelten Erfahrungen bildeten. Dem stellte er dann die Erfolge gegenüber, die die Großeinkaufsgesellschaften in Großbritannien mit ihrer Produktion gehabt haben, die freilich nicht, wie die der Produktivgenossenschaften, für den Markt berechnet ist, sondern für einen bereits zusammengeschlossenen bekannten Konsumentenkreis mit bekanntem Bedarf. Außerdem stehen den Großeinkaufsgesellschaften, wenn sie mit der Eigenproduktion beginnen, nicht nur aus ihrem Handelsgebiete her die nötigen Ziffern über den Bedarf und die Nachfrage, die der Name der Großeinkaufsgesellschaft allgemein bedeutet, zur Verfügung, sondern auch genügend große Geldmittel, um über die erste Zeit der Schwierigkeiten glatt hinwegzukommen, an denen die Produktivgenossenschaften so leicht scheitern. Der Gesamtwert der Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft betrug 1910 19 Millionen Mark, während die Produktivgenossenschaften im selben Jahre nur 65 Millionen Mark umsetzten. In den zehn Jahren von 1900 bis 1910 stieg der Wert der Produktion der Großeinkaufsgesellschaften um 109 Millionen Mark, während der der Produktivgenossenschaften in derselben Zeit nur um 5 Millionen Mark stieg. Gewiß hat der Redner recht, wenn er das einen überzeugenden Beweis für die Ueberlegenheit der Großeinkaufsgesellschaft auf dem Gebiete der Produktion hält. In Deutschland hat die Zentralisierung der Eigenproduktion der Konsumvereine bekanntlich erst in neuester Zeit eingesetzt. Wenn die Mitglieder der Konsumvereine das rechte Verständnis für die Wichtigkeit einer großzügigen Eigenproduktion zeigen, werden wir zweifelsohne der britischen Bewegung entsprechende Resultate erzielen.

**Literarisches.**

**Gute Jugendschriften** bietet der Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei in dem jeden erschienenen „Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften“ den Eltern der Arbeiterkinder dar. Seit vier Jahren besteht nun die vortreffliche Einrichtung, daß aus drei Personen bestehende Ausschüsse jedes angenommene und auch jedes abgelehnte Buch auf seinen für die Arbeiterjugend geeigneten Inhalt prüfen. Seit 1907 sind 4263 Bücherprüfungen vorgenommen worden; 668 Bücher wurden abgelehnt.

Diese gewissenhafte Auslese der Jugendschriften gibt daher den Eltern die bequeme Möglichkeit, aus dem Bücherverzeichnis leicht und schnell ein passendes und von den Kindern immer gerne gelesenes Weisheitsgemälde zu wählen. Ueber 700 Bücher weist dieses Verzeichnis auf. Ein Sachregister und ein alphabetisch geordnetes Autorenregister erleichtert das Auffuchen der gewünschten Bücher, deren Preisverzeichnis natürlich beigefügt ist.

Es ist deshalb zu empfehlen, daß unsere Gewerkschaftsmitglieder von diesem Bücherverzeichnis regen Gebrauch machen. Bücherbestellungen sind bei der örtlichen Parteibuchhandlung und, wo solche nicht besteht, bei der Buchhandlung Vorwärts möglichst rechtzeitig zu machen, damit die Bestellungen sich kurz vor Weihnachten nicht zu sehr häufen.

Das Verzeichnis der vom Bildungsausschuss empfohlenen Jugendschriften erhält auf Wunsch jeder unentgeltlich. Man wende sich an:  
 Heinrich Schulz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Im Reichstagswahlkampf wird auch die Reichsversicherungsordnung eine Rolle spielen. Namentlich das Zentrum wird versuchen, mit diesem Gesetz politische Geschäfte zu machen. Da ist es doppelt nötig, daß die Arbeiterschaft über den Inhalt dieses „großzügigen Reformwerkes“ möglichst genau orientiert ist. Namentlich die Funktionäre der Arbeiterorganisationen und überhaupt die Verwaltungsstellen der letzteren werden ohne eine genauere Kenntnis des Gesetzes schwerlich auskommen. Eine geeignete Ausgabe ist die vom Genossen Hoch-Ganau herausgegebene „Reichsversicherungsordnung“ nebst Einführungsgefeß. Diese Ausgabe enthält Erläuterungen, durch die der Text des komplizierten Gesetzes verständlicher und das Informieren erleichtert wird.

Von der Hochschen Reichsversicherungsordnung ist jetzt die zweite Auflage in gleich guter Ausstattung erschienen. Das Buch kostet in Leinen biegsam gebunden M. 5. Bestellungen nehmen alle Parteilbuchhandlungen und der Verlag G. Siebel — Volkstümliche Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung — Berlin NO 48, entgegen.

Feuerung, Warenwucher und Klassenstaat. Agitationsausgabe. Preis 10 S. Von J. Karsti. Verlag der Leipziger Buchdruckerei L.-G.

Inhaltsangabe: Die Versorgung der Menschen mit Nahrung und die kapitalistische Anarchie. — Die künstliche Preissteigerung. — Das Steigen der Warenpreise in Deutschland. — Die Mißerte und die Feuerung. — Der Kampf gegen die Feuerung.

Das Schriftchen bringt in knapper Darstellung und leichtfaßlicher Art eine Fülle des Wissenswerten. Für jeden Reichstagswähler ist es ein überzeugender Mahnruf zur Auflehnung und zum Kampf gegen die Mißstände unseres kapitalistischen Zeitalters. Für jeden Nedner und für jeden, der Wahlarbeit leistet, ist es ein unentbehrliches Handbuch. Allen Laien und Gleichgültigen müßte dieses Büchlein in die Hand gedrückt werden. Es ist bei aller Sachlichkeit doch so lebendig und packend geschrieben, daß es sicher niemand ungelesen beiseite legen wird.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (E. H. 42).**  
 (Sitz Dresden.)

Zu der in Nr. 46 des Rassenorgans unter „Briefkasten der Redaktion“ erschienenen Notiz verweisen wir die Fragesteller — falls dieselben Rassenmitglieder sind — sowie die Redaktion auf die statutarischen Bestimmungen § 14 Ziffer 18: „Statutenänderungen sind, nachdem dieselben genehmigt, im Rassenorgan zu veröffentlichen.“

Eine vorzeitige Veröffentlichung könnte die Mitglieder nur irreführen, falls auf Veranlassung der Behörde nachträglich Änderungen vorgenommen werden müßten.

Im übrigen sind alle Verwaltungsstellen von den Beschlüssen informiert.

Der Vorstand.

J. L.: Carl Pietschmann, Vorsitzender.

**Briefkasten der Redaktion.**

Herrn Carl Pietschmann, Dresden. Die Nachschrift zu der Bekanntmachung des Rassenvorstandes in heutiger Nummer, die unserer „persönlichen Niederträchtigkeit“ gewidmet wurde, quittieren wir hiermit dankend. Aber mit der Erklärung des Rassenvorstandes werden die Fragesteller deswegen doch nicht zufriedengestellt sein; es kam ihnen in erster Linie auf einen Bericht über die Generalversammlung an. Daß Beschlüsse erst rechtskräftig werden, wenn sie von der Behörde genehmigt sind, wußten sie auch ohne die freundliche Belehrung.

**Anzeigen.**

**Nachruf.**

Unsern Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied

**Alois Sirl**

im Alter von 42 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

[M. 3,80] Zahlstelle Nürnberg-Fürth.

Unserm werten Kollegen Johannes Wind nebst seiner lieben Braut

**die besten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung!**

[M. 2,40] Zahlstelle Karlsruhe.

**Zürich (Schweiz) :: Bäcker.**

Verkehrslokal und Herberge der Bäcker, „Gasthaus zum hintern Stern“, empfiehlt sich den organisierten Bäckerarbeitern bestens.

Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und reelle Getränke. A. Kohler. [M. 4]

**Münchener Bäcker und Konditorgehilfen**

decken ihren Bedarf am besten bei

Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

**Allg. Konsumverein für Bernburg**

E. G. m. b. H.

Wir suchen zum Antritt am 1. Januar 1912 einen tüchtigen, energischen [M. 7,50]

**Bäckmeister.**

Meldungen mit Gehaltsangaben erbittet bis 4. Dezember d. J. der Vorstand des Allgemeinen Konsumvereins für Bernburg und Allg. E. G. m. b. H.

**Unübertroffen**  
 sind als Spezialitäten zum Bereiten aller Backwaren unsere Margarine-Marken  
**Spreegold, Spreekrone u. allerfeinste Ziehmargarine**  
 Machen Sie erst einen Versuch mit diesen erstklassigen Erzeugnissen, und Sie bleiben ständiger Verbraucher  
 Alleinige Fabrikanten:  
**Margarine-Werke Berolina**  
 Berlin-Lichtenberg  
 Herzbergstrasse 55/56  
 Teleph.: Amt Lichtenberg Nr. 694 und 695.



Vertreter:

**Bremer, Rampe & Thomsen,**  
 Hamburg, Gröningerstr. 34.

Telephon: Gr. V, 1651. Telegr.-Adr.: Exquisit.

**Die Weihnachtsfreude**  
 erhöht der Weihnachtsbaum, geziert mit meinem weltbekanntem **Glas-Christbaumschmuck.**



Ich versende auch in diesem Jahr wieder meine selbsthergestellten Glaswaren für den Weihnachtsbaum in der beliebtesten Sortierung mit den letzten Neuheiten u. viel. Spezialitäten portofrei gegen Nachnahme od. vorherige Einsend. des Betrages. Alle Waren werden aus solidem Material hergestellt. — Ich offeriere: Sortiment I, enthaltend über 300 Stück mit echt Silber verspiegelte Atlaskugeln, Schnee- und Strangenkugeln, Kugeln, Reflexe, Glückspilz m. Röhrenzähl, wundervolle Prachtstücke aus der deutschen Märchenwelt, wie Hänsel u. Gretel, Dornröschen, Aschenbrödel, Rotkäppchen, ferner Kasperltheater mit Figuren, Karussell, Vogelhaus mit Vögeln, zwei Medaillons m. plastischen Darstellungen, Violine und Handtasche mit Serpentinband, Hundehütte mit Hund, Schilderhaus mit Soldat, Fruchtteller mit Weintrauben, Phonograph, Blumen- oder Gemüsekörbchen, Luftballons und Luftschiffe, Händchen, Tansbar, schwimmende Ente, läutende Glocke, mit venezianischem Tau bestreute Früchte, Tannenzapfen, Nikolas sowie 12 verschiedene Ornamente, die bei der Nacht das aufgenommene Tageslicht in magischem Violett ausstrahlen, alles das für den billigen Preis v. Mark 5.— (Nachnah. Mark 5,80). Sortiment II, enthaltend 72 Stück nur grössere, sehr geschmackvolle Sachen, die dem verwöhntesten Geschmack gerecht werden, zum selben Preis von Mark 5.— (Nachnahme Mark 5,80). Gratis füge ich jedem Sortiment bei: Einen Silberstern, 15 cm Durchmesser (als Baumspitze sehr gut geeignet), m. 2 Engeln, welche die Friedensbotschaft bringen. Einen sehr verblühten Delphin als Füllhorn, ca. 16 cm lang. Eine Stehlampe für die Puppenstube u. zwei Blumenvasen (Zwerg am Baumstamm). F. Händler empfehle ich grössere Kollektionen in bewährter, ausgezeichneter Sortierung zum Preise von Mark 8.— an und höher. Auf Wunsch liefern ich auch Lichte, Lichthalter, Konfekthalter, Engelshaar aus Lametta, Feenhaar aus Glas usw. usw.

**ErnstHeumann, Lauscha (S.-M.) Nr. 112**  
 Spezial-Fabrikation und Versand von Christbaumschmuck. Nur das Gute bricht sich Bahn, das beweisen mir die vielen Nachbestellungen, die alle Jahre wieder einlaufen.

Eine westfälische

**Bumpnickel-Fabrik**

sucht für ihre Prima Delikatess-Bumpnickel (in Stücken und geschnitten in 10- & 20-Päckchen) geeignete zahlungsfähige Personen, welche den Verkauf direkt an Konsumenten übernehmen. Angebote unter M. L. 818 befördert die Annoncen-Expediton „Invalidentank“, Berlin W 8. [M. 4]

**Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen**

decken ihren Bedarf am besten bei  
**Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et.,**  
 gegenüber dem Verbandslokal.

**Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw.**

Berlin, Schönhauser Allee 28, **Berolina-Säle.**

Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar.

Unterrichtsstunden: Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr.

Nach dem Unterricht: **Gesellschaftsstunde.**

Für gewissenhafte Ausbildung leiste Garantie. Anmeldung jederzeit erbeten.

**Emil Schulz, Tanzlehrer seit 1897, Berlin N 31, Bernauerstr. 117.**

**Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.**

(Wo nichts Besondere bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

**Sonntag, 3. Dezember:**

- Brandenburg: Vorm. 11 Uhr, „Deutsches Haus“, Steinftr. 32. — Bremerhaven: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Chemnitz: 3 Uhr, „Zur Sängerkloge“, Logenstr. — Coburg: 3 Uhr, „Neue Welt“. — Crefeld: Bei Hahn, „Zum Museum“, Karlsplatz. — Dortmund: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lessingstr. — Duisburg: 3 Uhr im „Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. — Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus. — Flensburg: 2 Uhr bei Andresen, „Nordertorbierehalle“. — Frankfurt a. d. O.: Im Gewerkschaftshaus, Oderstr. 51. — Geesthacht: 3½ Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergedorfer Straße. — Hof: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Gildesheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Goshenstr. 23. — Limbach i. Sachsen: 3 Uhr in der „Karlsburg“, Karlstr. 14. — Lübeck: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50. — Meuselwitz: 3 Uhr, „Zum deutschen Kaiser“. — Potsdam: 2 Uhr bei Pruschinski. — Rostock: 2½ Uhr, Beguinenberg 10. — Schmöln: 2 Uhr in der „Germania“, Grimmitzauer Straße. — Suhl: 3 Uhr in Domberger „Anstalt“. — Tangermünde: 3 Uhr im „Kaiserhof“, Lange Straße 47. — Thorn: 2 Uhr. — Ulm: 3 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. — Vegeack: 4 Uhr bei Brümmer, Gerhards-Rolfs-Straße 55. — Weimar: 3 Uhr im Volkshaus.

**Montag, 4. Dezember:**

Bierßen: Bei Hahn, „Zum Kaiser Karl“, Kaiserstraße.

**Dienstag, 5. Dezember:**

- Schligen. — Forst i. d. L.: Bei Lademann, Bahnhofstraße 26. — Magdeburg (Bäcker): 3½ Uhr im „Sachsenhof“, Große Storchstr. 7. — Nürnberg (Bäcker): 5½ Uhr, „Historischer Hof“. — Passau: „Zum goldenen Bären“, Gr. Klingergasse. — Regensburg: „Zur Schillerlinde“, Glodenstr. 31. — Rudolstadt: 8½ Uhr, „Zum Gambrinus“. — Stendal: 6 Uhr bei Grothe, Elisabethstr. 3.

**Mittwoch, 6. Dezember:**

- Hamburg-Altona (Seefahrende): 8 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberackstr. 15. — Plattling: 2 Uhr bei Joseph Ertel im „Materbräu“. — Schwabach: Bei Hoffmann im „Waldfisch“. — Weßlar: 8 Uhr bei Reinhard, Sülhoferstraße.

**Donnerstag, 7. Dezember:**

- Berchtesgaden. — Danzig: Bei Schag, Fischmarkt 6. — Freiburg i. Br. (Sektion I): 8 Uhr, „Stadt Neuwort“, Talstr. 11. — Guben: „Zum Fürsten Blücher“, Zindelplatz. — Luckenwalde: 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Beelitzer Straße.

**Freitag, 8. Dezember:**

- Braunschweig (Bäcker): 3½ Uhr im „Fürstenhof“, Stobenstraße. — Halle a. d. S. (Konditoren und Fabrikbranche): 8 Uhr, „Zu den drei Königen“, Klausstraße 7.

**Sonnabend, 9. Dezember:**

- Leipzig (Konditoren): 8 Uhr bei Rühlmann, Sibonienstr. 49. — Lüdenscheid: 8½ Uhr im „Ratskeller“, Herzogstr. 3. — Osnabrück: 7½ Uhr bei Müller, Bohstr. 50.

**Sonntag, 10. Dezember:**

- Altenburg: 2½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — Bergedorf: 3 Uhr, „Deutsches Haus“, Sachsenstraße. — Bernburg: Im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. — Bochum: 4 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8. — Cöln a. Rh.: Vorm. 10½ Uhr im Volkshaus, Severinsstr. 199. — Eisenach: 2 Uhr, „Zur Lorelei“, Alexanderstraße. — Essen a. d. R.: Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Bürgerhalle“, Rottstr. 29. — Fagen-Schwerte: Vorm. 10 Uhr bei Schürhof, Hagen, Hochstraße. — Jena: 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Minden i. Westf.: 4 Uhr im Restaurant „Sols' Kolosseum“, Hermannstr. 4. — Neuf: Vorm. 11 Uhr bei Heinrich Reimers, Furterstr. 110. — Planen i. W.: 3½ Uhr im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“. — Reimscheid: Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Bismarckstr. 61. — Saarbrücken: 3 Uhr im „Lwoli“, Gerberstr. 26. — Wittenberg (Halle): Vorm. 10 Uhr, „Zur Einigkeit“, Löpferstr. 1. — Wolfenbüttel: 4 Uhr bei Fricke, Fischerstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besenbinderhof 57. — Verlag von O. Almann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.